

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Dietrichshof 3,30 M., monatl. 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 13. Dezember 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Unfall
des Ober-Verwaltungsgerichts.

Am 26. Mai 1899 entschied das Ober-Verwaltungsgericht in
der Verwaltungsstreitsache der beiden städtischen Kollegien in
Edernförde, daß die von einer Reihe schleswig-holsteinischer Städte
(Edernförde, Warrmbühl, Elmshorn, Glückstadt, Seide, Kellinghusen,

Nummer ist das Ober-Verwaltungsgericht um-
gefallen. Es hat durch die erst jetzt den Parteien
zugegangenen Erkenntnisse vom 22. Oktober 1900
die Entziehung der schleswig-holsteinischen
Arbeiter als gesetzmäßig hingestellt!

Die Richter, welche dieses Erkenntnis gefällt haben, sind:
Senatspräsident, Wirklicher Geheimrat Ober-Regierungsrat
von Noon, und die Ober-Verwaltungsgerichtsrate Freitag, Reimke,
Waldeck, Hönemann, Mundt und Hoffmann II — mit Ausnahme
des Rats Hoffmann II, dessen Stelle damals Freiherr von Brand
einnahm — dieselben Richter, welche das im entgegengesetzten
Sinne gefällte Erkenntnis vom 28. Mai 1899 abgefaßt hatten. In
den Gründen heißt es im Gegensatz zu dem früheren
Erkenntnis: § 77 des Einkommensteuer-Gesetzes gebe in
seinem dritten Absatz, zu erheblichen Zweifeln Anlaß.

Vor kurzer Zeit, am 20. November, feierte das Ober-Verwaltungs-
gericht sein 25jähriges Jubiläum. Gar viel ist dabei davon gesprochen, daß
bislang zwar wiederholt aber vergeblich versucht
wurde, von anderer Stelle aus das Ober-Verwaltungs-
gericht in reaktionärem Sinne zu einer Aenderung
seiner — übrigens wahrlich an sich mehr als hin-
reichend reaktionären — Ansichten zu bestimmen.
Wir erinnern daran, wie noch vor wenig Jahren der
Ansturm des Ministers von der Rede abgewehrt wurde,
der vom Ober-Verwaltungsgericht erwartete, es werde im Gegensatz
zu seiner Praxis die gesetzwidrige Auflösung von Versammlungen
billigen, die aufgelöst waren, weil der überwachende Beamte die
polnische Sprache nicht verstand, die Versammelten trotzdem aber sich
dieser Sprache bedienten.

Durch viele Festreden, die aus Anlaß des 20. November von
Beamten verfaßt waren, zog die Freude, trotz wiederholter Beein-
flussungen von oben habe sich das Ober-Verwaltungsgericht noch
niemals zu einer Aenderung einer zutreffenden Ansicht verleiten
lassen, sondern nur das Gesetz gelten lassen. So erinnert der frühere
Ober-Verwaltungsgerichtsrat Lebens an die Kreuzberg-Prozesse:

Das belannte National-Denkmal auf dem Kreuzberge bei
Berlin lief Gefahr, von den angrenzenden bauunfähigen Grund-
besitzern dergestalt mit hohen Gebäuden umringt zu werden, daß
es nach dieser Einschließung aus einiger Entfernung überhaupt
nicht mehr sichtbar geblieben wäre. In weiten, selbst hoch hinaus-
ragenden Kreisen berührte das nahezu schmerzliche. Man versuchte
es nun mit einer Polizeiverordnung, nach der in einem gewissen
Raum Gebäude fortan nur in solcher Höhe sollten errichtet werden
dürfen, daß dadurch die Ansicht des Denkmals nicht beeinträchtigt
würde. Daraufhin wurden dann mehrere Bauanträge versagt.
Das Ober-Verwaltungsgericht hatte schon im Jahre 1880 einer
hiergegen gerichteten Klage Folge gegeben, wesentlich davon aus-
gehend, daß im allgemeinen das Polizeiverordnungsrecht nur in
den — vorliegenden Fällen nicht berührten — Grenzen des § 10,
Tit. 17, Teil II A. L. R. geübt werden dürfe. Es erhob sich ein
neuer Sturm zu Gunsten des Schönen, in der That weit hinaus
Kuge und Herz erfreuenden Denkmals. Allein am 14. Juni 1892
erkannte der Reichsoberverwaltungsrat im Sinne der früheren Ent-
scheidung, d. i. auf Erteilung des wiederum versagten Konsenses.
Und nochmals ein gewaltiger Sturm!

Der Sturm hat noch nicht aufgehört. Er wird von der „Nordd.
Allg. Ztg.“ und dergleichen Organen nach wie vor angefaßt; gilt
es doch, der Polizei gegen Gesetz und gegen Verfassung durch
oberverwaltungsgerichtliche Entscheide das Recht zu geben, aus jeg-
lichem sogenannten allgemeinem Interesse heraus Verfügungen und
Verordnungen in demselben Umfang zu erlassen, wie das im ab-
soluten Königtum dem König zustand. Geht doch das Bemühen
einführender Kreise dahin, durch Rechtsprechung des obersten
Verwaltungs-Gerichtshofs die absolute Herrschaft der Ver-
waltungsorgane innerhalb des konstitutionell angeordneten
Staatswesens zu konstituieren.

Das Erkenntnis ist vor dem Jubiläum ergangen, aber erst
jetzt, drei Wochen nach demselben mitgeteilt. Das Erkenntnis wird
von denen bejubelt werden, die es zur Schädigung der Arbeiterklasse
und der Socialdemokratie erbat und erhofften. Aber der Pfeil,
der auf die Socialdemokratie abgefeuert ist, wird auf den Schützen
zurückfallen. Gewiß ist die Entziehung Tausender
von Arbeitern durch die Gesetzesauslegung als
ein Tausenden von Arbeitern zugesagtes Unrecht aufs tiefste zu
beflaggen. Die dadurch herbeigeführte Schädigung des Allgemein-
wohls ist herbeigeführt durch die bürgerlichen Parteien, einschließ-
lich der Freisinnigen, die in den meisten holsteinischen Gemeinden dominieren
und die widerrechtliche Entziehung beschloffen haben. Sie ist
jetzt im Gegensatz zu früher von dem höchsten Verwaltungs-
gerichtshof Preußens bestätigt. Diese Thatsachen werden mehr als
den Tausenden der entrechteten Arbeiter die Augen darüber öffnen:
Es wird das Erkenntnis des höchsten preussischen Gerichtshofs die
Entrechteten aber das, was ist, auflücken und neue Tausende zur
Fahne der Socialdemokratie führen. So schlägt abermals eine Hoff-
nung, die Socialdemokratie zu schwächen, in eine Stärkung der
Socialdemokratie um.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 12. Dezember.

Der Reichstag

hat heute bis in die späte Abendstunde — die Sitzung schloß
erst um 7 Uhr — die erste Besung des Etats fort-
gesetzt. Morgen wird er schon um 12 Uhr beginnen, weil
man hofft, in kurzer Zeit fertig zu werden, so daß die Reichs-

boten noch die Nachmittagszüge zur Abreise in die Heimat
benutzen können.

Der erste Teil der Sitzung war recht langweilig. Herr
Niedert wadelstrümpfte in der Weltpolitik umher und ge-
währte dem Grafen Bülow wegen seiner allseitig ver-
urteilten Abweisung Krügers seine großmütige Unterstützung.
Nebenbei polemisierte er auch gegen die Agrarier, in ge-
wohnter naiver Weise; das Uebelste jedoch war, daß
er dadurch den Grafen Schönerling-Löwitz zu
einer längeren Rede veranlaßte, deren Rede das
ganze Haus in die Flucht trieb. Dazwischen suchte
der Pole Glebocki den Erzbischof Stablewski wegen
seines Verhaltens bei der Wahl in Reserch-Pomst in Schutz
zu nehmen, und auch der Kriegsminister v. Goltz sah
sich genötigt, auf Bebel's Fragen endlich zu antworten. In
üblicher Lebenswürdigkeit bedachte er den „Bismarck“, von
dem er behauptete, daß er Unrichtigkeiten verbreite. Thatsächlich
aber mußte er zugeben, daß die Artillerie-Prüfungskommission
sowohl das Gewehr des Rotwegers mit der neuen auto-
matischen Ladeeinrichtung als auch die Krupp'sche Erfindung
zur Hemmung des Rücklaufs der Kanonen zur Prüfung
eingefordert habe. Beide Dinge sind zwar noch nicht
eingegangen; aber das bedeutet ja nichts, sie können jeden
Tag kommen, und daß es im Wesen der modernen
Kriegstechnik liegt, beständig zu neuen mörderischen
Erfindungen anzuforschen, ist ja ganz zweifellos und un-
bestritten. Vielleicht weiß Herr v. Goltz auch gar nicht,
welche Auszüge in der Ehrhardt'schen Waffenfabrik in Düffel-
dorf bereits eingegangen sind.

Interessant wurde die Sitzung erst, als die Voerenfrage
durch Herrn Hasse ausführlich erörtert wurde. Sehr von
seiner Wichtigkeit durchdrungen brachte er seine Angriffe gegen
den Kanzler vor, mit deren Inhalt wir ausnahmsweise ein-
verstanden sind, wenn auch die alldeutsche Begründung, in
der über unsere geringen Kolonialbesitz gejammert
wird, keineswegs zutreffend ist, nur darin hat Hasse recht, daß
Deutschlands Ansehen in der Welt durch die Abweisung Krügers
sicherlich nicht gestiegen ist.

Der Reichskanzler antwortete sofort auf Hasse, und er-
zählte nunmehr, daß dem Präsidenten Krüger schon vorher ab-
gewinkt worden sei; als er trotzdem seine Reise nach Deutsch-
land lenkte, sei die energische Abweisung geradezu notwendig
geworden. Das Interesse war mit dieser Erklärung des
Reichskanzlers noch keineswegs erschöpft, es wurde vielmehr
noch gesteigert, denn Genosse Bebel bekam nun das Wort und
ließ sich natürlich die Gelegenheit nicht entgehen, sofort auf die eben
gehörten Ausführungen des Reichskanzlers zu erwidern. Er
that es mit der Lebhaftigkeit und Schärfe, die ihn auszeichnen.
Die neuen Mitteilungen des Reichskanzlers über die Affaire
Krüger konnten unsere Führer von dem am Dienstag ein-
genommenen Standpunkt nicht abbringen. In der That ist
ja die, wie nun festgestellt ist, zweimalige Aufforderung an
Krüger, nicht nach Berlin zu kommen, nur als ein Akt
doppelter Unhöflichkeit anzusehen. Mit dem Grafen Bülow
verfuhr Bebel aber noch vergleichsweise milde. Einen ganz
anderen Ton schlug er an, als er zur Abrechnung mit dem
Grafen Posadowsky überging. Diese Tonart mußte
nach der letzten Rede des 12000 Mark-Manns angeschlagen
werden, denn alles Vorhergegangene, auch das Ver-
halten des Reichskanzlers schien ihn von der Un-
würdigkeit seines Verhaltens nicht überzeugt zu haben.
Bebel trat noch einmal als leidenschaftlicher Ankläger auf.
Seine Worte sausten wie wuchtige Keulenschläge auf das Haupt
des Staatssekretärs nieder. Auch die milde Beurteilung des
Lacisbriefs schenkte er seinem Gegner nicht. Mit Recht
hob er hervor, daß die überlebenden Vorstands-
mitglieder der See-Verufsgenossenschaft von Herrn Lacis
sehr gering eingeschätzt worden sein müssen, da er ihnen das
cynische Skriptum überhaupt zur Unterschrift vorzulegen
gewagt hat.

Der Staatssekretär fand auf den ersten Teil der Anklage
Bebel's keine Worte. Die 12000 Mark-Affaire berührte
er in seiner Erwiderung nicht mit einem Redenswürdigem
und die erste milde Beurteilung des Lacisbriefs erklärte
er nur aus dem Umstande, daß er über einen Toten nichts
Schlechtes habe sagen wollen.

Im Hause war man jetzt ziemlich erschöpft, aber
Herr Sattler meldete sich noch zum Wort, um sich mit
Herrn von Glebocki über den Erzbischof von Stablewski
noch eine Weile zu unterhalten. Erst hierauf wurde
die Sitzung vertagt. Mit einer persönlichen Bemerkung
Eugen Richters, der effische hohle Wortspiel gegen Herrn
Hasse abschnekte, erreichte die Redeschlacht ihr Ende.

Donnerstag soll die Etatsberatung zu Ende geführt
werden. Der Präsident hat deshalb in weiser Voraussicht
den Beginn der Sitzung bereits auf 12 Uhr mittags an-
beraumt.

Deutsches Reich.

Wohnungsnot und Wahlentziehung. Man schreibt uns vom
11. Dezember aus Kiel: Eine heute abend tagende, von unsrer
Seite einberufene Volksversammlung hat einen derartigen Zuspruch
gefunden, wie er seit langen Jahren in Kiel nicht zu verzeichnen
war. In drangvoll fürchterlicher Enge standen in den weiten Räumen
des Englischen Gartens viele Tausende; die Bänke, die Fensterr-
nischen, jedes Plätzchen war dicht besetzt mit Menschen und unzählige

ast. Am 26. Mai 1899 entschied das Ober-Verwaltungsgericht in
der Verwaltungsstreitsache der beiden städtischen Kollegien in
Edernförde, daß die von einer Reihe schleswig-holsteinischer Städte
(Edernförde, Warrmbühl, Elmshorn, Glückstadt, Seide, Kellinghusen,

„Soweit nach den bestehenden Bestimmungen in Stadt- und
Landgemeinden das Bürgerrecht bezw. das Stimm- und Wahlrecht
in Gemeinde-Angelegenheiten an die Bedingung eines jährlichen
Klassensteuerbetrags von 6 M. geknüpft ist, tritt bis zur ander-
weitigen Regelung des Wahlrechts an die Stelle des genannten
Satzes der Steuerfuß von 4 M. bezw. ein Einkommen von mehr als
600—600 M.“

In denjenigen Landesteilen, in welchen für die Gemeindever-
treter-Wahlen die Wähler nach Maßgabe der von ihnen zu ent-
richtenden direkten Steuern in Abteilungen geteilt werden, tritt an
Stelle eines 6 M. Einkommensteuer übersteigenden Steuerfußes, an
welchen durch Ortsstatut das Wahlrecht geknüpft wird, der Steuer-
fuß von 6 M.

Wo solche Ortsstatute nach bestehenden Kommunal-Ordnungen
zulässig sind, kann das Wahlrecht von einem niedrigeren Steuerfuß
beziehungsweise von einem Einkommen bis 600 M. abhängig gemacht
werden. Eine Erhöhung ist nicht zulässig.“

Die seiner Zeit von uns ausführlich wiedergegebenen Gründe
des Erkenntnisses legen in überzeugender Weise dar, daß der dritte
Absatz sich trotz der von Rednern im Landtage und Herrenhause ge-
machten Ausführungen nicht allein auf die Rheinprovinz beziehen
kann, sich vielmehr insbesondere auch auf Schleswig-Holstein be-
zieht. Denn der Hare Wortlaut des dritten Absatzes
bezeichnet, wie das Erkenntnis zutreffend hervorhebt, als sein
Anwendungsgebiet nicht nur (wie Absatz 2) Landesteile mit
Abteilungs-Wahlen, sondern nimmt auf die bestehenden Kommunal-
ordnungen" allgemein Bezug. Dies entspricht auch der Tendenz
des Gesetzes, welches im allgemeinen nicht einschränkend als
Provinzialgesetz aufgeführt werden darf, vielmehr nach der
Ueberschrift des Abschnitts IX die Regelung des Wahl-
rechts für sein ganzes Gebiet zum Gegenstande hat. „Die
Gesetzesworte“, heißt es in dem damaligen Erkenntnis wirklich,
„lassen also keine andre Deutung zu, als daß der
Absatz sich auf alle diejenigen Landesteile bezieht, wo nach be-
stehenden Kommunalordnungen das Wahlrecht an einen 6 M. über-
steigenden Steuerfuß ortstatutarisch geknüpft werden kann. Zu
diesen Landesteilen gehört die Provinz Schleswig-Holstein, da
nach der Städte-Ordnung vom 14. April 1899 § 7 Nr. 4c
ein statutarischer Steuerfuß gestattet ist, welcher einem
Einkommen von selbst 1500 Mark entspricht, also nach § 17
des Einkommensteuer-Gesetzes sogar 18 Mark betragen würde.
Wäre der Absatz 3 nur für das im Absatz 2 bezeichnete Gebiet gültig,
so würde nicht abzusehen sein, weshalb die betreffende Vorschrift
nicht in den Absatz 2 aufgenommen und weshalb darin eine besondere
Bestimmung über das Geltungsgebiet getroffen worden ist. Auch
hätte, wenn er lediglich für die Rheinprovinz Platz greifen sollte,
nicht von Kommunal-Ordnungen, sondern nur von der
Städte-Ordnung vom 15. Mai 1896 gesprochen werden
können, da in dem Geltungsbereich der Gemeinde-Ordnung
vom 23. Juli 1845 bei Erlass des Einkommensteuer-Gesetzes ein
Genus von nur 6 M. Klassensteuer bestand (Ergänzungsband zu
Drantsch'sch Rheinprovinz Seite 10).“

Gegen dieses zutreffende Erkenntnis liefen die offiziellen Blätter,
voran die „Verl. Pol. Nachr.“, Sturm. Sie führten keine sachlichen
Gründe gegen die Richtigkeit der Auffassung an, „bedauerten“
aber, daß das Ober-Verwaltungsgericht so wie gesehen erkannt
hätte. Der offiziöse Blätterwald rüffelte das Ober-Verwaltungsgericht
und forderte eine andre Rechtsprechung, also eine Rechtsbeugung. Als
Grund für die Unzufriedenheit mit dem Erkenntnis des Ober-Ver-
waltungsgerichts führten die Offiziösen zc. ungeniert die Gefahr an,
daß socialdemokratische Gemeindevertreter auf Grund des Gesetzes
in schleswig-holsteinische Gemeinden eindringen. „Die Preis-
gabe“, lamentierten die vom Ministerium des Innern erleuchteten
„Berliner Politischen Nachrichten“, „städtischer Gemeinde-
vertretungen der Provinz Schleswig-Holstein
an die Socialdemokratie wäre vom staats-
erhaltenden Standpunkte ein schweres Uebel
und daher nicht zu rechtfertigen. Vielmehr würde
nützlichfalls unter Inanspruchnahme der Geset-
gebung für den erforderlichen Schutz der
Gemeindevertretungen gegen socialdemokratische
Neberflutung zu sorgen sein.“ Ein andres Mal
schrieb dasselbe Blatt: „Der socialdemokratische
Ansturm gegen die in einer Reihe von schleswig-holsteinischen
Gemeinden seit 1892 eingeführten Ortsstatute mit festem Genus
würde dem Ober-Verwaltungsgerichte die Gelegen-
heit zu einer Nachprüfung des vorerwähnten Er-
kenntnisses bieten.“

Dies Vorgehen der Offiziösen ermunterte mehrere Gemeinden,
so Kiel, Reumünster und Glückstadt, trotz des Erkenntnisses des
Ober-Verwaltungsgerichts, diejenigen Einwohner, die unter 1200 M.
Einkommen hatten, von neuem zu entrichten. Hiergegen wurde von
einigen Gemeindegliedern Klage erhoben.

mühen, weil ganz unmöglich auch nur ein Strohplättchen zu erringen, wieder umkehren.

Die Wohnungsnot in Kiel und das 24 Stunden zuvor bekannt gewordene Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts in Sachen der kommunalen Wahlrechtsfrage in Schleswig-Holstein standen auf der Tagesordnung.

Unglaubliche Zustände herrschen bezüglich der Wohnungsverhältnisse. Die tiefen Entwicklung der Werften hat einen solchen Zustrom von Arbeitskräften nach Kiel zur Folge gehabt, daß ein geradezu ungläublicher Mangel an kleineren Wohnungen vorliegt.

Von Monat zu Monat mehren sich die Familien, die als obdachlos die Hilfe der Stadt in Anspruch nehmen müssen. Und alles sind es Familien, deren Ernährer in Arbeit stehen, die ihren Mietzins pünktlich stets bezahlen, die aber ihrer zahlreichen Kinder wegen von den jetzt in kaum noch zu steigender Prozenzhaftigkeit ihr Haupt erhebenden Hauswirten auf die Straße gesetzt wurden.

Wie der Oberbürgermeister Fuß in der letzten Stadtkollegien-Sitzung mitteilte, sind jetzt nicht weniger denn 640 Personen, d. h. 2/3 Proz. der gesamten Einwohnerzahl Kiels, die nicht in der Lage sind, eine eigene Wohnung zu beschaffen.

Und geradezu haarsträubend sind die von der Stadt für diese Familien zur Verfügung gestellten Unterkunftsräume. Voraden, wegen Unsauberkeit zum Abbruch angekauft Häuser, städtische Turnhallen usw. sind derartig vollgepropt voll von Menschen, daß stellenweise 4-5 Kubikmeter Luftraum nur auf die einzelne Person entfallen.

Schon mehrfach hat die schleswig-holsteinische „Volls-Zeitung“ diese Verhältnisse kritisiert, vor etwa 14 Tagen hat in einem Flugblatt die Partei der Stadtverwaltung das ganze Sündenregister in diese Frage vorgehalten, aber man ging dabei immer noch von der Annahme aus, daß die Verhältnisse für die Stadt sich überraschend entwickelt haben, daß es weniger böser Wille, als mangelndes Können sei, das diese skandalösen Verhältnisse in den städtischen Obdachlosenheimen zeitweilig habe.

Und nun, und das ist der Anlaß der heutigen Versammlung gewesen, kommt in den städtischen Kollegien der Oberbürgermeister Fuß und hält bezüglich der Wohnungsnot gewissermaßen eine Programmrede. Nur daß das Programm des Kieler Oberbürgermeisters eigentlich die völlige Programmlosigkeit ist.

Er erklärt, daß die Stadt keinerlei Verpflichtung habe, für die Obdachlosen zu sorgen. Nur solchen Personen, die nicht im Stande seien, sich selbst zu erhalten, den hilfsbedürftigen Einwohnern, habe die Stadt Obdach zu verschaffen.

Hilfsbedürftige in diesem Sinne seien aber die Obdachlosen, um die es sich hier handele, nicht, sie könnten sich selbst ernähren.

Solange sie die nötigen Mittel hätten, müßten sie selbst für eine Wohnung sorgen. Und wer dieses nicht vermöge, der möge sich anderswo eine Wohnung suchen.

Deutschland sei groß genug und auf dem Lande werde man den Zugang von Arbeitskräften mit Freude begrüßen.

Und bei den meisten Stadtvätern fand der Oberbürgermeister nicht den geringsten Widerspruch. Im Gegenteil, gerade der Führer der Kieler Freisinnigen, Meyer, erklärte, daß er mit Genugthuung die Ansicht des Bürgermeisters vernommen habe.

Diese Vorkommnisse bildeten die Unterlage der heutigen Versammlung. Genosse Breuer eröffnete das Referat. Nach seiner Rede folgte dräuender Weisfall den Saal und ein Bald von Händen streckte sich für eine geharnischte Protestresolution in die Höhe.

Das Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts in Sachen der schleswig-holsteinischen Census-Angelegenheit wurde alsdann vom Genossen Adler beleuchtet. Auch hier wurde eine Protestresolution angenommen, die die nunmehr vom Ober-Verwaltungsgericht entgegen seinem früheren Entscheid funktionierende Wahlrechtsetzung von 14 000 Kieler und 30 000 sonstigen schleswig-holsteinischen Bürgern aufs schärfste verurteilt.

Der allerschlingende Marinismus. Der „Frankf. Zeitung“ wird aus Kiel geschrieben:

Man kann hier seit einiger Zeit einen wahren Wettkampf um den Erwerb des Ufergrundes an der Kieler Förde beobachten. Auf der Gaardener Seite hat die Kruppische Germaniawerkst ein bedeutendes Areal inne, das unmittelbar am Hafen liegt. Alsdann kommt die Kaiserliche Werft, die ihre Anlagen jetzt bis zur Swentimündung erweitern will, so daß die Oriskanyen Ellerbeck und Wellingsdorf vollständig vom Wasser abgeschnitten werden. Hierzu kommt noch der Umstand, daß durch die Liegeplätze der Kriegsschiffe an den Werften der Hafen bedeutend verengt und der Verkehr für Handelschiffe nicht unbedeutend erschwert wird. Auf der Kieler Seite liegen die Verhältnisse ganz ähnlich. Der Marineklub dürfte jedenfalls das dem künftigen Schloß zunächst liegende Areal von der Seeburg bis zur Marine-Akademie früher oder später an sich bringen, wenn er nicht vorherzieht, diese Fläche dem Großkapital zu überlassen, während Geheimrat Krupp bedeutende Landkäufe zwischen der Marine-Akademie und Belleue gemacht hat. Man will sogar behaupten, daß schon jetzt die ganze Uferstraße ihm gehöre. Diese Sachlage hat die Stadtkollegien veranlaßt, in ihrer vorgestrigen Sitzung den Beschluß zu fassen, mit den Marinebehörden zwecks Sicherung der Anlage eines Handelshafens in der Bül in Unterhandlung zu treten. Leider ist noch immer nicht die Frage entschieden, wem der Kieler Hafen, auf den sowohl die Stadt wie auch der preussische Staat und das Reich Anspruch machen, eigentlich gehört, oder die Marine sollte, selbst wenn ihr das Besitzrecht zugesprochen würde, was hier für unwahrscheinlich gehalten wird, nicht das ganze Hafengebiet ausschließlich für ihre Zwecke in Anspruch nehmen, da hierdurch leicht der Verkehr durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal, der augenblicklich im Wachsen begriffen ist, leicht zurückgedrängt werden kann. Insbesondere würde der blühende Verkehr zwischen Hamburg und Kiel sowie den andern Ostseehäfen erschwert werden. Jedenfalls wird die Stadt Kiel alles thun, was geeignet ist, diese drohende Gefahr nach Möglichkeit zu beseitigen.

Wie die Fischer von Ellerbeck und Wellingsdorf durch die Marine-Anlagen ihres Erwerbs beraubt werden, so werden auch die Handelsschiffe durch die Panzerlähne einfach mir nichts die nichts von ihren Anlegelägen verdrängt. Der Marineklub annettiert den jetzigen, ins Innerste der Stadt hineinreichenden Handelshafen, für den die Stadt mehrere Kilometer weit draussen in der schiefen Büler Bucht einen Ersatz schaffen muß, was Millionen kosten wird. Der Militarismus zu Land wie zu Wasser kennt keine Rücksichten.

Der Leiter des berühmten Scharfmacherverbands, alias Centralverbands deutscher Industrieller, hat am Mittwoch seinen siebenzigsten Geburtstag gefeiert. Ob ihm ein Orden verliehen oder wenigstens von seinem „Handlangern“ im Reichsamt des Innern offizielle Guldigungen bereitet worden sind, ist bis jetzt nicht bekannt geworden.

Herr H. A. Wuehl nahm, nachdem er dreizehn Jahre lang ein eignes Gut im Kreise Gumbinnen bewirtschaftet hatte, 1866 das Amt des Generalsekretärs des landwirtschaftlichen Centralvereins in Githhausen und Mafuren an, das er bis zum Jahre 1873 bekleidete. Drei Jahre lang fungierte Herr Wuehl dann als Geschäftsführer des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen von Rheinland und Westfalen. 1876 wurde er dann, als auf Anregung v. Kardorffs der Centralverband deutscher Industrieller zum Zweck der Förderung der Schutzpolitik gegründet wurde, Mitbegründer desselben, um endlich 1887 die Stelle des Generalsekretärs dieses Verbands zu übernehmen. Des Berliner Krupporgans spendet Herr Wuehl das verdiente Lob, daß die „unvergleichlichen“ des Centralverbands, „dessen hervorragende und berechtigte Stellung im deutschen Wirtschaftsleben“ zum nicht geringen Teil mit Wuehls Werk sei. Diese Verdienste haben ja die sozialdemokratischen Redner bei der 12 000 Mark-Debatte kürzlich Revue passieren lassen. Herr Wuehl hat als befehleter Agitator des Scharfmacher-Verbands wieder daran mitgewirkt, die Sozialreform ins Stocken zu

bringen und den Großindustriellen das möglichst ungeschmälerte Privileg der gesetzlich ungemilderten Ausbeutung des Proletariats zu sichern. Den größten Liebesdienst erwies die Regierung dem Scharfmacherverband durch das Einbringen der Judithausvorlage und die verfassungswidrige Verbreitung „amtlicher Druckschriften“ für die erbetelten 12 000 M. nach Ablehnung der Vorlage durch die Reichstagsmajorität. Die Judithausvorlage war freilich nur das letzte Glied einer Kette gemeinsamer Konspirationen, die bis in das Jahr 1890 zurück zu verfolgen sind.

Und wie die Vorstehenden des Centralverbands wußten, wie innig der Seelenbund zwischen ihnen und den Herren des Reichs-ams des Innern war, wie sie im April 1890 bei einem Diner des Centralverbands in begeisterten Tönen die als Gäste unter ihnen weilenden Regierungsvertreter als ihre „hohen Gönner“ mit dem „offenen Ohr“ für die Ausbeuterelieferungen der Industriellen leben ließen, so wußte auch der Generalsekretär diesen Einfluß richtig einzuschätzen. Nennommierte er doch damit, daß es dem Einfluß des von ihm vertretenen Scharfmacherverbands zu verdanken sei, daß in dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung Halt gemacht worden sei. Wühte er doch, daß er gewisse Unterstaatssekretäre, die dem Scharfmacherverband ein weniger offenes Ohr schenkten, gleichsam zur Warnung wie Schuldbuben abräffeln durfte.

Und der Staat wußte auch die — wie die „Berliner Neuesten Nachrichten“ so schön sagen — „patriotische, nützliche Tätigkeit“ nach Verdienst zu belohnen: im Jahre 1893 wurde Herr Wuehl der Kronorden II. Klasse verliehen.

Freisinnige Mannesfeien. Unter dieser Stichmarke bringt die „Volls-Zeitung“ ein ihr aus Breslau von, wie das Blatt betont, absolut glaubwürdiger Seite zugegangenes Telegramm folgenden Inhalts:

Bei den heutigen Stadtverordneten-Stichwahlen, bei denen das freisinnig-socialistische Kompromiß gegen das konservativ-kerikale Bündnis geschlossen war, wurden hier reaktionäre und ein freisinniger Stadtverordneter gewählt. Die beiden Socialisten unterlagen. Die Freisinnigen stimmten entgegen der Parteiparole meist für die konservativen gegen die Socialisten.

Dieser schmachliche Vorbruch, der übrigens den Freisinn in keineswegs neuer Beleuchtung zeigt, beweist, daß freisinnigen Zusicherungen gegenüber jederzeit unbegrenztes Mißtrauen am Platz ist.

Die Kanonenerlieferungen der Düsseldorf-Firma an England, über die wir dieser Tage berichtet, werden von der „Köln. Zeitung“ und selbstverständlich auch dem Berliner Krupp-Organ aufs wärmste verteidigt. Letzteres Blatt schreibt:

Ein generelles Ausfuhrverbot nach England und Transbaal würde allenfalls als der neutralen Stellung Deutschlands entsprechend zu rechtfertigen gewesen sein, aber in der Presse wurde ein solches nicht verlangt. Man begnügte sich damit, die Firma Krupp zu besetzen, die darauf öffentlich zu antworten freilich unter ihrer Würde hielt.

Jetzt wird, oben in einem recht kritischen Moment, die umfangreiche Lieferung jener Düsseldorf-Aktiengesellschaft nach England bekannt, wie schon vordem die Lieferung von Baracken usw. Aber obwohl der Krieg in Südafrika noch keineswegs beendet ist, obwohl die Regierung soeben bitter getadelt worden, weil Präsident Krüger nicht nach Berlin kommen durfte, hat kein Blatt außer dem „Vorwärts“ jene Lieferung verurteilt oder auch nur beanstandet. Wir ... halten es aber doch für angebracht, die seltsame differentielle Behandlung festzustellen, die dem größten vaterländischen Unternehmen, das der Stolz Deutschlands sein sollte, im Gegensatz zu andern seitens der deutschen Presse zu teil wird.

Wir bemerken demgegenüber nur, daß in der heutigen Reichstags-Sitzung der Staatssekretär Frhr. v. Richthofen erklärt hat, daß die Regierung derartige Lieferungen für einen Neutralitätsbruch halte und deshalb auch bei der Düsseldorf-Firma ebenso wie bei Krupp entsprechende Verfügungen erhasen habe. Beide Firmen haben das bereits vorgefassen, die Düsseldorf-Firma fabriziert, munter drauf los, ohne sich im geringsten um Neutralität, Volkstimmung und die Vorstellungen der Regierung zu kümmern! Wie lange noch?

Das neue Gewehr. Herr v. Gokler erklärte im Reichstag, daß die Nachricht des „Vorwärts“ von der bevorstehenden Neubewaffnung des Heers mit einem von einem Scandinavier erfundenen Gewehr vollständig aus der Luft gegriffen sei. Die Heeresverwaltung könne umsonstener an eine Ausrüstung mit dieser Waffe denken, als sie bis jetzt trotz des geäußerten Wunsches nicht einmal in den Besitz einer solchen Waffe gekommen sei. Demgegenüber behauptet die „Nationalliberale Korrespondenz“, die „Post“ und andre Blätter, daß mit dem Gewehr allerdings Versuche gemacht seien, daß aber gleichwohl die Absicht einer Einführung dieses Gewehrs noch nirgends aufgetaucht sei. Die „Nat. Kor.“ weiß sogar von den Ergebnissen der Versuche zu verraten, daß das neue Gewehr große Vorzüge habe, dagegen nur eine zweifelhafte Kriegsbrauchbarkeit besitze. Wer hat nun recht? Da die „Nat. Kor.“ von „gut unterrichteter Seite“ ihre Mitteilung erhalten haben will, und auch der Gewährsmann des „Vorwärts“ seine Zuverlässigkeit schon anderweitig bewiesen hat, können wir nur annehmen, daß wieder einmal der Herr Kriegsminister ebenso schlecht orientiert gewesen ist, wie bei den Chinagreueln.

Der Ersatmann Stumm. Der Gründer der Laurahütte erklärt in der „Post“ folgende humorvolle Erklärung:

In verschiedenen Blättern hat eine Reihe gestanden, daß ich den Vorst in der Budgetkommission wegen Differenzen mit dem Reichstags-Präsidenten Herrn Grafen v. Ballestrem niedergelegt hätte. Diese Annahme ist eine durchaus irrthümliche. Ich habe mich aus der Budgetkommission lediglich deshalb zurückgezogen, weil ich beabsichtige, im Plenum thätiger zu sein als bisher, und namentlich, um auf die Angriffe der Socialdemokratie auf meinen erkrankten Freund Frhrn. v. Stumm mit größerer Frische entgegen zu können. Nach einer mehrstündigen Leitung der Verhandlungen der Budgetkommission ist man doch abgespannter, als dies für die Plenarverhandlungen des Reichstags wünschenswert ist.

Blitz v. Kardorff-Wabnitz. Der König von Saarabien kann nunmehr in aller Ruhe seine Genesung abwarten, da Herr v. Kardorff die Absicht ankündigt, den Reichstag noch einmal so intensiv anzuwenden.

Die Einberufung des preussischen Landtags wird zum 15. Januar angekündigt. Der 15. Januar, ein Dienstag, sei auch diesmal wie seit 25 Jahren gewählt worden, da anfangs der siebziger Jahre vom Centrum und den konservativen Klagen darüber geführt worden sei, daß durch die Eröffnung des Landtags an einem Montag die Mitglieder des Hauses durch die Reise zu einer Sonntagsentheiligung gezwungen seien.

Eine Voger-Ohmung. Unter den Berliner Lokalnachrichten liest man:

„Schillfeier.“ Am 6. Januar 1901 feiert zum 125. Male der Tag wieder, an welchem der Kühne Husarenführer Ferdinand von Schill geboren wurde. Ein Komitee ist in Berlin zusammengetreten, um das Andenken dieses Helden zu feiern. Mit der Feier, die am Samstag, 5. Januar, im Neuen königlichen Opernhaus (Kroll) stattfindet, soll eine Schill-Ausstellung verbunden werden. Es ergeht an alle diejenigen, welche in der Lage sind, das Unternehmen durch Teilnahme an der Feier oder durch Heterweisung bezw. leihweise Hergabe von Schill-Reliquien oder Andenken an Schills Offiziere und Mannschaften für

die Ausstellung zu unterstützen, die Bitte, sich den obigen Bestrebungen anzuschließen. Lieutenant d. L. Lide, Berlin, Greifswalderstr. 13, erteilt sehr gern nähere Auskunft. — Wie wir hören, haben bereits eine Reihe hoher Persönlichkeiten und Schillfreunde ihre Beteiligung zugesagt.

Schill inkoniente im April 1800 auf eigene Faust, ohne Wissen Friedrich Wilhelms III. eine Erhebung gegen Napoleon. Sein König Friedrich Wilhelm III. verurteilte die „unglaubliche That“ und forderte Schill vor ein Kriegsgericht.

1869 erhielt dann freilich das 1. schlesische Husarenregiment zu Ehren Schills den Beinamen „Ferdinand v. Schill“.

Auch ein Beitrag zum Toleranz-Kauf. Der in Shanghai erscheinende „Asiat. Lloyd“ meldet aus Hankau vom 28. Oktober:

Gestern nachmittag wurde an der deutschen Niederlassung der Matrose Dreier aus Ufer geschwennt, einer von zwei unglücklichen Leuten S. M. S. „Schwalbe“, die in der stürmischen Nacht vom 20. d. M. im Panatle ertrunken waren. Die Vererdigung auf dem allgemeinen Friedhof in der deutschen Niederlassung fand heute vormittag statt in Anwesenheit des deutschen Konsuls, einer Abteilung vom englischen Kriegsschiff „Daphne“ (die „Schwalbe“ hat Hankau inzwischen bereits verlassen müssen) und der hiesigen deutschen Freiwilligencompagnie. Am Morgen sprach der englische Geistliche Sherman, der diesen Akt christlicher Nächstenliebe in freundschaftlicher Weise auszuführen übernommen hatte, dann gab die englische Matrosen-Abteilung drei Salven über das Grab ihres deutschen Kameraden ab, und die kurze Feier fand ihren Abschluß. Sehr bedauernd ist es in der hiesigen deutschen Kolonie, daß der deutsche Vater Götze von der römisch-katholischen Mission, der darum gebeten wurde, es abgelehnt hat, die Grabrede zu halten, weil der Entschlafene Protestant gewesen wäre. Die Sache ist hier vielfach besprochen worden; man meint, in Kriegzeiten könne doch auch der Soldat nicht fragen, ob ein bedrohter Geistlicher Katholik oder Protestant sei.

Solche Vertreter der christlichen Nächstenliebe mögen sich nun an, den asiatischen „Heiden“ eine höhere Sittlichkeit beizubringen! —

### Ausland.

#### Rußland.

Polenverfolgungen. Warschau, 12. Dezember. Eine Verordnung des Ministers des Innern ermächtigt den Generalgouverneur, im Verwaltungswege Festungstrafen bis zur Höhe von 6 Monaten zu verhängen in Fällen, wo an Privatschulen polnischer Unterricht erteilt wird. Infolge dieser Verordnung herrscht unter der Bevölkerung große Erregung, da dieselbe als Vorboten weiterer noch strengerer Maßregeln gegen die polnische Bevölkerung betrachtet wird.

#### Afrika.

##### De Wet Sieger oder Besiegter?

Eine Depesche von Lord Kitchener aus Pretoria vom 12. Dezember meldet: General Knox bedrängt De Wet fortwährend auf seinem Rasche. Der Feind bewegt sich in der Richtung nach Reddersburg, wo eine englische Kolonne bereit steht, um Knox Beihilfe zu leisten.

Londoner Gerüchte behaupten dagegen, daß De Wet General Knox eine vollständige Niederlage beigebracht habe, daß die Regierung die betreffenden Meldungen jedoch bis zum Schluß der Parlamentsitzung zurückhalten werde.

### Partei-Nachrichten.

Der Landesvorstand der württembergischen Socialdemokratie erläßt zu den Landtags-Stichwahlen, die in den nächsten Tagen vorgenommen werden, einen Aufruf, in dem es bezüglich des Verhaltens zu andern Parteien heißt:

„Der bedeutende politische Einfluß, über den wir verfügen, darf im Interesse des Volks und unserer Partei im Kampfe zwischen den reaktionären Parteien und der bürgerlichen Demokratie nicht brach liegen bleiben. Die socialdemokratischen Stimmen dürfen bei Stichwahlen zwischen der Volkspartei und den rechts von dieser stehenden Parteien die reaktionären Elemente und ihre Macht im Landtage nicht durch Wahlenthaltung stärken. Sie müssen behufs Schwächung der Reaktion zu Gunsten der Volkspartei in die Waagschale geworfen werden. So groß und unüberbrückbar auch der prinzipielle Gegensatz ist, der die Socialdemokratie von der Volkspartei trennt, so vertritt die letztere doch auch eine Reihe von freisinnigen und Reformforderungen, welche in der Richtung unserer eignen Forderungen liegen. In allen Wahlkreisen, wo es gilt, die Wahl eines Reactionärs zu verhindern, müssen deshalb die Genossen bei aller Betonung unserer grundsätzlichen Auffassung für den Volksparteiler stimmen.“

Gegenüber allen andern Parteien empfehlen wir den Genossen Wahlenthaltung.“

Gemeindevahlen. In den nachstehenden sächsischen Gemeinden wurden socialdemokratische Gemeindevorteiler gewählt: Coswiz 1, Kötzig 1, Pöhlau 1, Krosche 2, Weichig 1, Pulsnig 1, Gittersee 2, Cossabaude 2, Neuendorf bei Wina 1, Niederpeterwitz 1, Pischchen bei Großenhain 1. In Gelenau und Altmittweida wurden sämtliche aufgestellten socialdemokratischen Kandidaten gewählt.

In Offenburg (Baden) wurde bei der Halberneuerung des Gemeindevollzugs der Genosse Womig wiedergewählt, jedoch nur von den Demokraten und Nationalliberalen; unter den Wählern waren nur 2 Socialdemokraten.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Drei Brechprozesse gegen das „Vollsblatt für Halle“ standen am Dienstag vor der dortigen Strafkammer zur Verhandlung. Im ersten Falle wurde der Redacteur Genosse Swienty beschuldigt, durch Veröffentlichung eines Gerichtsberichts unzüchtige Schriften verbreitet zu haben. Am 1. Juli wurde Genosse Thiele wegen desselben Vergehens zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er Briefe verfassungswidrigen Inhalts im „Vollsblatt“ abgedruckt haben sollte. Es hieß da, daß ein hiesiger Rentner in höchst zweideutiger Weise Damebelantheit gesucht hatte. In dem Gerichtsbericht waren einige darauf bezügliche Stellen wiedergegeben, weshalb nun Genosse Swienty heute ebenfalls zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Zwei Sachen gegen den Genossen Thiele wurden mit Rücksicht auf seine Immunität als Abgeordneter verlag.

— Eine unzulässige Konfiskation nahm der Bürgermeister des Landstädtchens Liebenau R. M. am Sonntag vor. Vier Genossen von Schwiebus verbreiteten Schriften in dem Städtchen, zwei davon wurden nach dem Polizeibureau sifiziert und nach dreiviertelständigem Verhör wieder entlassen. Ihr Schriftmaterial, bestehend aus Waj-Zeitungen, Liebeschris Proklamation: „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis“, Kalender „Märcher Landbote“ und Proklamation: „Die wahren Freunde und Feinde der Landarbeit“ wurden beschlagnahmt. Keine dieser Druckchriften verfährt gegen § 23 des Preßgesetzes, die Unzulässigkeit der Konfiskation ist also klar. Der Bürgermeister braucht aber nicht besorgt zu sein, ihm wird nicht gelocher. In einem analogen Falle mußten ja wirre Sommerfelder Genossen im Vorjahr sogar noch das Porto für Rücksendung widerrechtlich konfiscierter Schriften zahlen.

### Gewerkchaftliches.

#### Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Wegen Differenzen bei der Firma Aug. Berkmeister ist der Zugang nach dort bis auf weiteres ferngehalten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Auch eine gewerkschaftliche Organisation. Kürzlich wurde in Stade in Hannover ein Bauereiverein gegründet, den man den Verein der „Blauen“ nennt. Der Verein hat folgende Parole auf seine Fahne geschrieben: Wahrung aller gewerkschaftlichen Rechte und Verbesserung der Lohnverhältnisse auf gütlichem Wege, Abschaffung aller besoldeten Agitatoren usw., da dieselben nur Terrorismus und Ausbeutung verursachen, dafür lediglich Ehrenbeamtete; Aufhebung der Agitation auf der Baustelle, sowie Herstellung eines guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Maurer von Halle a. S. streifen bereits die siebente Woche; auch die Fußer, Kabinenputzer usw. sind in den Streik mit einbezogen. Diese letztere Thatsache beschweigen vielfach die Unternehmer und suchen so Arbeitskräfte nach dem Streikort zu locken.

Ausland.

Den Spitzenfabrikanten von Calais kommt jetzt der Bürgermeister von Le Puy, der Hauptstadt der Ober-Loire, zu Hilfe. Er richtet an sie die Aufforderung, ihre Fabriken doch dahin zu verlegen. Könnte doch daselbst eine Verschmelzung der Industrie der Maschinen- und der Textilindustrie stattfinden, die Handspinnen erfolgen; beide Branchen seien doch „Schwestern“. Der Maire weist ausdrücklich darauf hin, daß auch an Arbeitskräften, die nur der Beschäftigung harren, kein Mangel ist. — Der Herr Bürgermeister hat wohl vergessen, daß, wenn Hand- und Maschinenweberei „Schwestern“ sind, so doch höchstens Stiefelweber; die mechanische Weberei ruiniert ihre rüchständige Schwester. Er hat aber auch ferner nicht bedacht, daß die Arbeiter Brüder sind, die sich so leicht nicht in den Knien fallen.

Sociales.

Zur Kriminalstatistik. Nach den sechsen erschienenen vorläufigen Mitteilungen zur Kriminalstatistik des Jahres 1899 wurden in dem genannten Jahre im ganzen 455 595 Personen wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Reichsstrafgesetzbuch verurteilt. Die Vergleichung mit früheren Jahren ergibt folgende Zahlen:

Table with 6 columns: Year (1894-1899) and Verurteilte (427 657 to 455 595). Includes text: Die Zunahme in den 6 Jahren beträgt nur reichlich 5 1/2 Proz. und bleibt hinter der zu erwartenden Bevölkerungszunahme nicht unerheblich zurück.

Die eigentlichen Vermögensdelikte: Diebstahl, Unterschlagung, Raub und räuberische Erpressung, Erpressung, Vergewaltigung, Hehlerei und Betrug zeigen folgendes Bild: 1894 1895 1896 1897 1898 1899. Es war also nur im Jahre 1898 eine nennenswerte Steigerung der Vermögensdelikte zu verzeichnen; die ganze Jahresreihe dagegen zeigt eine relative und für drei Jahre sogar eine absolute Abnahme dieser Straftaten gegen 1894.

Die amtliche Statistik faßt unter dem Begriffe „Vermögensdelikte“ allerdings noch eine ganze Anzahl anderer Straftaten zusammen, wozu außer Urkundenfälschung jeder Art, Lotterievergehen, Sachbeschädigung, Brandstiftung u. auch verschiedene Verletzungen anderer Reichsgesetze gehören. In diesem weiteren Sinne sind folgende Verurteilungen zu verzeichnen: 1894 1895 1896 1897 1898 1899.

Die Bewegung dieser Zahlen ist nicht wesentlich anders wie die der vorher genannten.

Begen Nord und Ostschlag wurden bestraft in der Reihe der genannten Jahre: 276; 288; 270; 273; 269; 260 Personen.

Körperverletzung (§§ 223—227 R.-Str.-G.-B.) weist in ziemlich stetigem Wachstum gegen 1894 eine Vermehrung um etwa 17 1/2 Proz. auf, nämlich von 169 791 auf 192 029, so daß hier auch von einer relativen Vermehrung gesprochen werden kann.

Es ist eine beliebte Spezialität derer um Dietel, Stropatschek u. a., die Zunahme der Morddelikte in Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung zu bringen. Demgegenüber sei darauf aufmerksam gemacht, daß wir schon wiederholt nachgewiesen haben, wie dieser Zusammenhang eher in umgekehrter Weise besteht: Die Morddelikte sind am geringsten in den Bezirken, wo die Arbeiterbewegung stark ist. Leider ist unsere offizielle Statistik sehr langsam und gestattet solche Nachweisungen immer erst sehr spät. Für 1899 sowohl wie für 1898 liegen erst summarische Zahlen fürs ganze Reich vor und auf die Tabellen für die einzelnen Verwaltungsbezirke werden wir wohl noch eine Weile warten müssen. Es gehören hierzu übrigens noch Gewalt und Drohung gegen Beamte (§§ 113, 114, 117 bis 119), weshalb 1894 16 297 und 1899 17 150 Personen bestraft wurden, und Rötigung und Bedrohung (§§ 240, 241); 10 306 im Jahre 1894 und 12 379 im Jahre 1899 bestraft.

Unzucht mit Gewalt, Unzucht (§§ 176 bis 178) zeigt die Zahlen: 4093; 4156; 4477; 4177; 4305 und 4594. Darunter sind die Mehrzahl der Verbrechen gegen § 176, unzüchtige Handlungen an Personen unter 14 Jahren. Sie werden erst seit 1897 besonders nachgewiesen und ergaben 1897: 3086; 1898: 3478; 1899: 3569. Wo diese Verbrechen besonders gedeihen, zeigt der Prozeß Sternberg nur allzu deutlich.

Verurteilungen wegen Kupferei (§§ 180, 181) erfolgten: 2636; 2856; 2816; 2671; 2765; 2622.

Begen Majestätsbeleidigung erfolgten Verurteilungen: 622; 598; 561; 428; 466; 416. Darunter Beleidigung des Kaisers im Jahre 1897: 403; 1898: 445; 1899: 375 (darunter acht jugendliche Personen).

In diesen Verurteilungen auf Grund des Strafgesetzbuchs kommen noch Verurteilungen wegen Verbrechen und Vergehen gegen andere Reichsgesetze:

Table with 6 columns: Year (1894-1899) and Verurteilte (18 453 to 22 543).

Gewerblicher Kinderraub. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. haben kurz aufeinanderfolgend die Polizeiverwaltungen folgender sechs Städte Verordnungen gegen die gewerbliche Kinderarbeit erlassen: Frankfurt a. O., Fürstenaalbe an der Eyre, Kottbus, Guben, Sorau und Schwiebus. Am weitesten geht die vom „Vorwärts“ schon mitgeteilte Kottbuser Verordnung, welche die Arbeit von Kindern unter 10 Jahren völlig verbietet. Die anderen Städte haben meist das Alter von 9 Jahren als Schutzzrenze festgesetzt, ältere Kinder dürfen meist von früh 6 Uhr bis abends 7 Uhr beschäftigt werden. Am schwächlichsten ist die Frankfurter Verordnung, die schon Kinder vom vollendeten 8. Lebensjahre der Ausbeutung preisgibt.

Volkzählungs-Ergebnisse. Die Stadt Hamburg hatte nach der vorläufigen Zusammenstellung am 1. Dezember d. J. 704 669 Einwohner und damit eine Zunahme gegen 1895 um 79 117. Dazu kommen noch 62 716 Einwohner auf das hamburgische Landgebiet, so daß der hamburgische Staat 767 385 Einwohner zählt. Altona hat 160 885 Einwohner.

Württemberg besitzt jetzt 12 Ortschaften mit über 10 000 Einwohnern gegen 11 im Jahre 1895; darunter ist Stuttgart mit 176 318, 18 000 mehr wie 1895.

Dresden zählte 422 415 gegen 373 163 im Jahre 1895. Görlitz 80 842, gegen 1895 eine Zunahme um 10 667.

Prozeß Sternberg.

38. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt Landgerichtsdirektor Müller mit, daß von Hl. Blatho ein ärztliches Attest eingegangen ist, wonach sie bettlägerig krank ist.

Staatsanwalt Braut: Die Verteidigung habe einen anonymen Brief überreicht, nach welchem ein Erpressungsversuch gegen den Angeklagten Sternberg vorliege. Seine Versuche, den Schreiber des Briefs zu ermitteln, seien ohne Erfolg

geblieben. Er beantrage ferner, gegen die Angeklagte Wender, die er gestern habe festnehmen lassen, einen

Hausbesuch zu erlassen.

Es sei gelungen, einen Brief der Margarete Fischer bei der Zeugin Pfeffer zu beschlagnahmen, durch den die Angeklagte Wender noch mehr belastet wird und es liege Kollisionsgefahr vor. — Die Angeklagte Wender erklärt, daß sie nichts verdächtigt hat und nicht im entferntesten daran denke, irgend welche Verbindungsstücke zu thun. Sie habe mit der Frieda Woyda nie etwas gemacht. — Vors.: Durch den beschlagnahmten Brief haben sich die gegen Sie vorliegenden Verdachtsgründe erheblich verstärkt. Ich könnte Ihnen nur raten, daß Sie durch ein reumütiges Geständnis Ihre Lage verbessern. — Angell. Wender: Hätte ich etwas gemacht, so hätte ich es schon in der vorigen Verhandlung gesagt. Ich habe niemals mit Frieda Woyda etwas gemacht und dabei kann ich nur bleiben. — Vors.: Waren Sie gegen oder haben Sie gesehen, daß Sternberg unbillige Handlungen mit der Woyda vorgenommen hat? — Angell.: Niemals. — Der Gerichtshof beschließt die Angeklagte in Haft zu nehmen.

Das Geständnis der Margarete Fischer.

Der Präsident teilt ihr mit, daß ihre Lage jetzt folgende sei: Es sei ihr freies Geleit gewährt worden und sie könne sicher sein, daß sie innerhalb eines Monats, vom Schluß der Verhandlung ab gerechnet, nicht verhaftet werden würde. Wenn sie aber in Deutschland bleiben wolle, so sei es doch besser, wenn sie ein offenes Geständnis ablegen würde. Er richte deshalb die Frage an sie, ob sie an ihren bisherigen Aussagen etwas zu ändern habe. — Zeugin: Nein, ich muß bei meinen früheren Aussagen bleiben. — Präsi.: Frau Zeugin, ich habe hier einen Brief, der von Ihnen herührt, ich wollte, bevor ich den Brief verlese, Ihnen Gelegenheit geben, durch ein offenes Geständnis Ihr

Gewissen zu erleichtern.

Es hat dies im Laufe dieser Verhandlung schon so mancher gekannt. — Als die Zeugin noch zögert, wird sie vom Staatsanwalt Braut in nicht minder eindringlicher Weise zur Wahrheit ermahnt. Der Staatsanwalt macht sie darauf aufmerksam, daß sie eine Verhaftung nicht zu befürchten habe, selbst wenn sie alles zugäbe, was sie gekannt habe. Es sei ihr schon angedeutet worden, daß Kuppelerei nicht so schwer bestraft werde. Einem offenen und ehrlichen Geständnis gegenüber werde auch die Strafe milde ausfallen. — Präsident: Ich frage Sie nun zum letztenmal, wollen Sie die Wahrheit sagen oder nicht? — Zeugin: Ja, ich will. — Präsident: Dann frage ich Sie, wer war der „eigentliche“ Mann, der in Ihrer Wohnung in der Alexanderstraße verkehrte? — Zeugin: Es war Sternberg. — Präsident: Hat Sternberg mit der Frieda Woyda unbillige Handlungen vorgenommen? — Zeugin: Ich selbst weiß davon nichts, es ist mir aber erzählt worden. — Präsident: Von wem? — Zeugin: Ich kann es wirklich nicht mehr sagen. — Präsident: Aber Zeugin, einzelne Thatsachen zugeben und andre gravierendere in Abrede stellen, das ist kein offenes Geständnis. Sagen Sie doch die volle Wahrheit. — Zeugin: Ich kann doch nicht anders aussagen, es ist die Wahrheit. — Präsident: Hat die Wender Ihnen etwas mitgeteilt von dem, was Sternberg mit Frieda Woyda vorgenommen haben soll? — Zeugin: Nein. — Präsi.: Nun, dann kann ich Ihnen nicht helfen. Wollen Sie Ihr „Geständnis“ wirklich in dieser Form abgeben? — Zeugin: Ich bleibe dabei, daß es die Wahrheit ist. — Präsi.: Hier dieser Brief ist von Ihrer Hand? — Zeugin: Ja. — Präsi.: Er ist bei dem Fräulein Pfeffer mit Beschlag belegt worden, man hat ihn ihr mit Gewalt abnehmen müssen, da sie ihn freiwillig nicht hergeben wollte. An dem Briefe fehlt ein Stück, welches Wesentliches enthalten haben muß. Der Brief enthält Mitteilungen, die

Sternberg schwer belasten.

Zeugin: Geschrieben habe ich es, das Mitgeteilte ist aber nicht wahr. — Präsi.: Ich kann doch nicht annehmen, daß Sie unwahre Thatsachen in dem Briefe andeuten, etwa um Geld von Sternberg zu erlangen. — Zeugin: Ich habe die Mitteilungen nur auf Grund von Zeitungsberichten und dem Inhalt von Briefen, die ich von Bekannten erhalten habe. — Vors.: Ich kann Ihnen immer nur wieder vorkalten, daß Sie durch ein reumütiges Geständnis Ihr Gewissen erleichtern und sich eine mildere Strafe sichern könnten. — Zeugin: Ich kann nichts anderes sagen, es ist unmöglich, ich sage wirklich die Wahrheit, so weit ich sie weiß. — Vors.: Hat Ihnen Auta Wender in Amerika nicht gesagt, daß und was sie mit Frieda Woyda vorgehabt hat? — Zeugin: Nein, niemals. — Angell. Wender beteuert nochmals, daß sie weder in Gegenwart von Fräulein Fischer noch sonst etwas mit der Woyda gemacht habe. — Vors.: Haben Sie das Mädchen Leidiert in Ihrer Wohnung gesehen? — Zeugin: Nein. — Vors.: Wo, ich muß es hiernach aufgeben, aus Ihnen die Wahrheit herauszubringen. — Zeugin: Herr Präsident, ich kann nichts anderes sagen, als was ich gesagt habe. — Vors.: Haben Sie nicht die Frieda Woyda nur angenommen, um sie Sternberg zuzuführen? — Zeugin: O nein, ich hätte schon längst die Absicht gehabt, ein kleines Mädchen anzunehmen. — Der Vorsitzende hält der Zeugin nunmehr den bei Hl. Pfeffer vorgefundenen Brief vor, in welchem es u. a. heißt: „Wir ist

Geld für eine falsche Aussage

hier angeboten.“ — Präsi.: Was soll das heißen? Sie haben hier behauptet, daß Ihnen gesagt sei, Sie sollten nur die Wahrheit sagen. — Zeugin: Man wollte mir Geld dafür geben, wenn ich sagen würde, daß ich von Hl. Pfeffer und meiner Schwester Clara beeinflusst worden sei, Ungünstiges über Sternberg auszusagen. — Vors.: Wer wollte Ihnen denn Geld dafür geben? — Zeugin: Ich glaube, Herr Edstein. — In dem Briefe steht weiter etwas von dem Mädchen, mit dem etwas vorgegangen sein soll, der Angeklagte Sternberg habe das Zimmer gemietet, er persönlich habe die Modelle geschafft, es wird von der „Schuld“ der Auta Wender gesprochen und damit gedroht, daß eventuell dem Staatsanwalt „an der Hand kleiner Episoden aus Sternbergs Liebesleben“ reicher Stoff unterbreitet werden würde usw. usw. Ferner wird die Adressat aufgefodert, Briefe nicht unter der Adresse „Fischer“ zu senden, denn die ganze Affaire sei auch drüber nicht unbekannt geblieben. Sie lebe noch unter dem Namen Lippa oder vielmehr Luba. — Der Inhalt des Briefes wird in seinen Einzelheiten der Zeugin vom Vorsitzenden sehr ernstlich vorgehalten, auf die belastende Fassung einiger Sätze hingewiesen und die Zeugin immer wieder ermahnt, doch die Wahrheit zu sagen. Die Zeugin Miller bleibt dabei, daß sie nichts anderes sagen könne, als wie sie gesagt habe. Sie bitte doch, Fräulein Pfeffer zu befragen, ob sie nicht das abgerissene Stück des Briefes noch besitze, denn daraus würde sich ergeben, daß der Inhalt des Briefes nicht wahr sei. Der Brief sei thatsächlich nicht wahr, er sei nur zu dem Zweck geschrieben, um Geld von Sternberg zu bekommen. Sie habe nicht Geld erpressen, sondern nur Sternberg aus Herz liegen wollen, ihn zu helfen. — Der Vorsitzende hält der Zeugin wiederholt das Unwahrscheinliche ihrer Aussage vor, sie erklärt aber, sie könne nicht anders aussagen. Der Vorsitzende ruft sodann Frieda Woyda vor und fragt sie, ob sie angesichts dieses Briefes ihre Aussage vielleicht ändern wolle? — Frieda Woyda: Nein, ich habe jetzt die Wahrheit gesagt. — Der Vorsitzende ruft nunmehr die Zeugin Clara Fischer vor, um sie mit ihrer Schwester zu konfrontieren.

Nochmals die Modellannoncen.

Beide Schwestern treten sich ziemlich scharf gegenüber. Die Zeugin Clara Fischer beklagt, ihre Schwester habe ihr gesagt, sie wolle die Wahrheit sagen. Die Zeugin legt bezüglich des Briefes hinzu, daß sie nicht einsehen könne, zu welchem Zweck ihre Schwester in dem Briefe Unwahrheiten geschrieben hätte. — Vors.: Frau Miller, wollen Sie nicht doch noch Ihre Aussage ändern? — Zeugin Clara Fischer: Ich habe meine Schwester gefragt, ob Sternberg ihr den Auftrag gegeben habe, die Maler-annoncen zu erlassen und

sie habe es bejaht. Zur Schwester: Sage doch die Wahrheit! In lebhaftem Hin und Her zwischen den beiden Schwestern erklärt Zeugin Frau Miller: Sternberg habe sie nicht veranlaßt, die Maler-annoncen zu veröffentlichen, aber ihres Erachtens habe er das Bestehen solcher Annoncen annehmen müssen, denn er habe doch nicht dagegen protestiert, daß die Mädchen ihn als Maler ansprachen. Es sei also ein gewisses stillschweigendes Uebereinkommen. Da Sternberg ihr gesagt habe, er habe Freude an jugendlichen Körpern und da sie glaube, daß er auch zeichne, so habe sie als Wunsch Sternbergs aufgefahst, was vielleicht gar nicht sein Wunsch war und worin sie ihn vielleicht mißverstanden habe. — Die Zeugin Miller wird vom Vorsitzenden und den Beisitzern noch nach vielen Punkten befragt und ihr das Unwahrscheinliche ihrer Angaben vorgehalten. Sie erklärt wiederholt, daß sie nichts davon wisse, daß mit der Frieda Woyda irgend etwas in ihrer Wohnung vorgekommen sei. — Zeugin Clara Fischer ruft ihrer Schwester etwas erregt zu: Du hast mir zugegeben, daß Sternberg Dich veranlaßt hat, ihn als Maler aus Frankfurt a. O. auszugeben. — Staatsanwalt Braut: Dann liegt doch also eine schimpfliche Heuchelei vor. Auf der einen Seite hat Sternberg gesagt, er sei der Maler aus Frankfurt a. O. und auf der andern Seite ist Frau Eudora nach Frankfurt a. O. gegangen, um nach dem Maler aus Frankfurt a. O. zu recherchieren. Die Zeugin Miller erklärt auf weiteren Vorhalt: Es wäre ja absurdlich von ihr, wollte sie den Angeklagten Sternberg in seiner jetzigen Lage noch mehr belasten, als der Wahrheit entspricht. Das könne sie nicht. Sie glaube Sternberg so verstanden zu haben, daß er solche Annoncen nicht ungern sähe. — Der Zeuge

Barbier Sandmann

muß der Zeugin Frau Miller ins Gesicht sagen, daß er wiederholt gesehen habe, wenn Auta Wender das Haus verließ, nachdem Sternberg es betreten hatte. Die Wender sei bald darauf mit einem Schulmädchen, einmal auch mit zweien, zurückgekehrt. — Zeugin: Ich nahm aber an, daß Sternberg die Mädchen nur zum Modellsehen benutzen wollte. Ich habe die Kinder auch nur gefragt, ob sie sich dazu hergeben wollten. — Präsi.: Warum fragten Sie denn die Kinder nach dem Alter? — Zeugin: Ich war der Meinung, daß es strafbar sei, Kinder unter 14 Jahren zum Modellsehen zu verwenden. — Präsi.: Und Sie wollen geglaubt haben, daß Sternberg die Mädchen zeichnete, obgleich Sie wußten, daß er gar kein Maler war? Sind Sie aus Amerika gekommen, um uns so etwas glauben zu machen? — Zeugin: Ich war der Meinung, daß er an jugendlichen Formen Vergnügen fandte und die Mädchen zeichnete. — Präsi.: Haben Sie einmal eine solche Zeichnung gesehen? Zeugin: Nein, ich behaupte aber außerdem, daß Schulmädchen nie dabei waren. — Präsi.: Befanden sich in Ihrer Wohnung unzüchtige Bilder? — Zeugin: Nein. — Präsi.: Aber Frau Zeugin, es haben verschiedene Zeugen diese Thatsache bezeugt, wenn Sie in solchen Kleinigkeiten die Unwahrheit sagen, wer soll Ihnen dann noch etwas glauben? — Zeugin: Einige Bilder habe ich ja einmal gehabt, sie lagen in einer Schublade. — Präsi.: Von wem erhielten Sie das

Kabeltelegramm.

worin Ihnen die Aussage Ihrer Schwester mitgeteilt wurde? — Zeugin: Den Abendher leum ich nicht. Die Depesche wurde mir von Hl. Friedmann gezeigt, aber der Name des Abenders nicht. — Zeugin Fräulein Clara Fischer: Meine Aussage in der ersten Verhandlung ist meiner Schwester ganz ernstlich wiedergegeben worden, wahrscheinlich in der Absicht, sie gegen mich anzureizen. — Staatsanwalt Braut: Zeugin Frau Miller, als Friedmann damals von Ihnen die Aussage verlangte und Sie dafür 20 000 M. forderten, hatten Sie damals schon Kenntnis von dem Telegramm? — Zeugin: Ja, es war an demselben Tage angekommen. — Staatsanwalt Braut: Dann sollte wohl durch das Telegramm Ihre Aussage beeinflusst werden? — Zeugin: Ich weiß es nicht. — Staatsanwalt Braut: Können Sie sich jetzt vielleicht entsinnen, wer Abender der Depesche war, die in Cherbourg an Sie eintraf? — Zeugin: Nein, ich kann es nicht sagen. — Staatsanwalt Braut: Welcher Mann etwas davon? — Zeugin: Es kam kein. — Der Staatsanwalt beantragt und der Gerichtshof beschließt, den Chemann Müller als Zeugen zu vernemen. — Die Zeugin Hl. Clara Fischer erklärt auf Vertragen, daß sie nicht wisse, was auf dem abgerissenen Teil des Briefes gestanden habe. — Kriminalkommissar v. Tressow tritt vor und behauptet, daß die Frau Miller gestern auf dem Korridor an ihn herangekreten sei und gefragt habe, ob sie sich auf die Gewährung des freien Geleits verlassen könne, sie würde in dem Falle noch manches sagen können.

Angeklagter Sternberg erklärt nochmals, daß er nichts davon gewußt habe, daß er als Maler aus Frankfurt a. O. ausgegeben werde. Auf Beschluß des Gerichts wird

Richard Miller.

der 24 Jahre alte Chemann der Zeugin, als Zeuge vernommen. Er erklärt, daß er sich am 23. November in New York rito mit der Margarete Fischer verheiratet habe. Er wisse aus der ganzen Sternberg-Affaire nur das, was in den Zeitungen stand. Seine Ehefrau habe gesagt, manches, was in den Zeitungen stehe, sei un wahr. Er habe sie dann veranlaßt, nach Berlin zu gehen, weil er selbst gern Aufklärung darüber haben wollte, was falsch und wahr sei. Er legt das Original-Telegramm vor. Dasselbe ist aus Antwerpen datiert und lautet: „Habt alles fertig, komme am Bord in Southampton abrufen, habe alles und jedes bei mir und Ihr könnt dann immer noch thun, was Ihr wollt. Eugen.“ Der Zeuge versichert, daß er nicht wisse, was das Telegramm bedeuten solle; jedenfalls sei in Southampton zu ihnen niemand am Bord gekommen. — Kriminalkommissar v. Tressow glaubt, die Sache vielleicht aufklären zu können. Das Meereschiff Ebeopa sei mit dem Kaiser Wilhelm der Große von New York abgefahren, Eugen Friedmann sei etwas später mit der „Oceanic“ abgefahren. Dieser Dampfer sahre schneller und da bei „Kaiser Wilhelm der Große“ eine Verletzung an der Maschine vorgekommen war, so sei der „Oceanic“ früher in Southampton angekommen, und Eugen Friedmann wäre wohl in der Lage gewesen, dort an Bord zu kommen. Er sei aber thatsächlich nicht gekommen.

Das freie Geleit.

Der Vorsitzende beantragt nunmehr folgendes: Ihm sei der Gedanke gekommen, ob nicht vielleicht Frau Miller deshalb mit der Wahrheit zurückhalte, weil sie nicht wünsche, daß ihr Chemann von den Vorgängen erfahre. Der Chemann wird deshalb ermahnt, den Saal zu verlassen und Frau Miller wird nochmals vorgelesen und unter Hinweis auf das freie Geleit darauf hingewiesen, daß sie ohne Gefahr vor einer Verhaftung über alles ansagen könne, was sie wisse. Die Zeugin wünscht zunächst durch sorgsame Erkundigung zu erfahren, wie weit das freie Geleit gehe und ob sie auch wirklich nichts zu befürchten habe. Frau Miller erklärt sich zur Aussage bereit. Der Vorsitzende hält ihr hierauf alle Einzelheiten vor, die nach Frieda Woydas Aussage in der ersten Verhandlung mit dem Kinde unter Beihilfe der Angeklagten Wender in ihrer Wohnung passiert sein soll. — Zeugin: Das ist alles gelogen, kein Wort ist davon wahr! — Vors.: Sie können doch nur sagen, daß Ihnen davon nichts bekannt ist. — Zeugin: Dann will ich mich so ausdrücken.

Rechtsanwalt Fuchs I überreicht den schriftlichen Auftrag: Da Untersuchungsakten ganz oder teilweise durch Verlesung von Original-Protokollen oder Abschriften einem Mitgliede des Gerichtshofs zur Kenntnis gekommen sind, wird beantragt, dieses Material auch der Verteidigung zugänglich zu machen. Der Gerichtshof behält sich den Beschluß hierüber vor.

Kommisar Thiel belastet Herrn Sello.

Nach einer kurzen Pause tritt Kommissar Thiel abermals den Saal. Vors.: Sie haben mir mitgeteilt, daß Sie Ihre geführte Aussage noch ergänzen wollen. — Zeuge Thiel: Der Herr Untersuchungsrichter hat mir vorgehalten, daß ich meine Aussage bezüglich des Justizrats Dr. Sello anders vor und nach der

Konfrontation mit demselben und gestern gestaltet und sie ein-  
geschänkt habe. Es handelte sich um wesentlichen darum, ob ich ihm  
mit Namensnennung gesagt habe, daß ich bei der Callis war und  
im Sternberg-Prozess thätig sei. Ich will deshalb betonen, daß ich  
mit Herrn Luppja zusammen beim Justizrat Dr. Sello war. —  
Vorj.: Wann ist das gewesen und wie ist es gekommen? —  
Zeuge: Herr Luppja hatte mich beauftragt, ihn an einem Sonntag  
Anfang März an der Herculesbrücke zu erwarten, da er mit mir in  
der Sternberg-Sache zu Dr. Sello gehen wollte. Wir gingen in die  
Privatwohnung des Justizrates Dr. Sello, trafen diesen zunächst  
nicht zu Hause und trafen ihn später in der Wohnung an. Luppja  
stellte mich vor als „Kriminalkommissar Thiel“, sagte, daß ich der  
Freund sei, der die Mitteilungen brachte, und der große Un-  
bekannte aus der Callis-Sache. Justizrat Dr. Sello holte sofort das  
Strafgesetzbuch herbei und zeigte sowohl mir als auch Herrn  
Luppja die für Verletzung ausgelegten Strafen. Am dem Tage wurde nichts weiter verhandelt; Dr. Sello  
sagte, es würden noch weitere Konferenzen in seinem Bureau  
notwendig werden. Wir war die Sache außerordentlich peinlich,  
daß der Justizrat sich gleich auf den Rechtsstandpunkt stellte. Luppja  
hatte mich mit der Equipage des Herrn Sternberg erwartet und wir  
waren zusammen zu Dr. Sello gefahren. Derselbe sagte bei der  
Unterredung zu mir: Wenn Sie aber Herr v. Tressow in der  
Sternbergischen Equipage neben Herrn Luppja sieht, dann wird er  
wohl Bescheid wissen. Ich ging dann auch zu Fuß zur Pferdebahn.  
Dr. Sello sagte ferner, um die

#### Sache nicht auffällig zu machen.

ollte ich ihm irgend eine Rechtsangelegenheit übertragen,  
damit ich unauffällig im Bureau erscheinen könnte, und da war mir  
der Gedanke gekommen, ihm die ganz unsichtbare Geschäfts-  
sache meiner Frau zu übertragen. — Vorj.: Ist dann in der Erbschafts-  
sache irgend etwas gemacht worden? — Zeuge: Ich kam noch zwei bis  
dreimal ins Bureau des Dr. Sello, bei einem dieser Besuche  
hielt er mir wieder die Paragraphen des Strafgesetzbuchs vor. Er  
fragte mich auch, ob ich wissen wollte, wer der Kapitän Wilson sei,  
und da nannte er den Namen Kün. Er wollte mir auch die Adresse  
sagen, ich wollte sie aber nicht wissen. Im Bureau des Dr. Sello  
hat mir Herr Münchhausen auch noch gesagt, wir dürfen uns nicht  
kennen, er garantierte, daß die Callis mich nicht wieder erkenne.  
Ich bin nach dem ersten Prozess noch einmal beim Justizrat Dr. Sello  
gewesen und dieser sagte mir: „Sie können von Glück sagen, daß  
die Callis Sie nicht erkannt hat.“ Herr Sternberg wird Ihnen ewig  
dankebar sein. — Vorj.: Ist Ihnen denn dabei irgend etwas an-  
geboten worden? — Zeuge: Nein, Herr Dr. Sello hat sich in  
dieser Beziehung vollständig passiv gehalten. — Vorj.: Wie viel haben Sie  
im ganzen von Luppja erhalten? — Zeuge: 7-8000 M. Ueber Selb-  
sachen ist im Bureau des Dr. Sello nicht gesprochen worden.  
Ich habe auch nie von Dr. Sello einen Auftrag in der Sache erhalten, sondern Luppja hat alles gemacht.

Rechtsanwalt Fuchs I: Er wiederhole nunmehr den Antrag,  
daß nachdem nun zum zweitenmal ein Mann, der sich selbst eines  
schweren Amtsverbrechens schuldig bekannt habe, Gelegenheit er-  
halten hat, sich zu äußern, nun auch der andre Teil, Herr Justizrat  
Dr. Sello, als Zeuge vernommen werde. Das sei eine einfache  
Forderung der Gerechtigkeit.

Der Vorsitzende befragt den Angeklagten Sternberg, ob er den  
Justizrat Dr. Sello von der Pflicht der Amtverschwiegen-  
heit entbinde; derselbe will es im Interesse Luppjas nicht  
thun, Justizrat Sello erklärt aber, daß er sich in diesem Fall  
nicht an die Amtverschwiegenheit gebunden er-  
achtet.

#### Das Gericht beschließt, den Justizrat

#### Sello als Zeugen

zu vernehmen. Justizrat Sello entledigt sich seines Amtesleides und  
tritt vor den Zeugen. Er gibt an, daß er Erich Heise, 48 Jahre  
alt und evangelischer Religion sei. Er äußert sich wie folgt: Ich  
hatte ohnehin die Absicht, die Erklärung abzugeben, daß die gestrigen  
Aussagen des Kriminalkommissars Thiel, abgesehen von  
einigen Punkten, deren Unrichtigkeit ich seiner begreiflichen Er-  
regung zuschreibe, im wesentlichen der Wahrheit entsprechen.  
Da der heutige völlig abweichende Bekundung bemerke ich: Es  
ist nicht richtig, daß von meiner Seite angeregt worden ist oder daß  
ich eine Kenntnis davon hatte, daß die Erbschaftsangelegenheit, die  
durch ein Schreiben des Herrn Thiel eingeleitet worden ist, nur zum  
Schein betrieben werden sollte. Ich erinnere mich jetzt, daß Herr  
Thiel einmal flüchtig in meiner Wohnung war. Es mag sein, daß er  
dort mit Luppja zusammengetroffen ist, jedenfalls haben sie sich nicht  
zusammen melden lassen. Daß ich bei dieser Gelegenheit die Straf-  
paragraphen zu Rate gezogen habe, ist nicht richtig und muß ein Irrtum  
des Herrn Thiel sein. Ich habe damals gar keine sachlichen Er-  
örterungen mit Herrn Thiel gepflogen, da ich dies in meiner Woh-  
nung nicht für angemessen halte. Ich sagte ihm, er solle nach meinem  
Bureau kommen, wenn er in der Erbschaftsangelegenheit etwas mitzuteilen  
habe. Es ist nicht richtig, daß ich etwas von der Equipage des  
Herrn Sternberg gesprochen habe, ich habe nicht gewußt, ob  
der Zeuge zu Fuß, zu Wagen, zu Pferde oder per Straßenbahn  
gekommen ist, der Zeuge muß sich darin entschieden irren. Es ist  
nicht richtig, daß ich bei irgend einer Gelegenheit irgendwie  
auf die Dankbarkeit des Angeklagten Sternberg direkt oder  
indirekt hingewiesen habe. Ich kann nur annehmen, daß sich  
der Zeuge irrt oder daß ich von ihm mit anderen Personen ver-  
wechselt werde. Es ist nicht richtig — das Gegenteil würde ja  
auch eine

#### Kolossale Frevlheit

oder Dummheit von mir sein —, daß ich dem Zeugen den Namen  
des Kapitän Wilson genannt oder dessen Adresse angeboten habe.  
Ich erkläre jetzt noch, daß ich den Kapitän Wilson nicht  
kenne, seine Person und seine Adresse nicht weiß. Es ist mir  
dunkel so, daß jemand einmal eine Vermutung über die  
Person des Kapitän Wilson ausgesprochen hat, aber der  
Name Kühne ist nicht zu meinen Ohren gekommen. Wenn  
ich mich recht entsinne, war ein „o“ in dem Namen.  
Was Luppja betrifft, so habe ich häufige Zusammenkünfte mit ihm  
gehabt, er hat sich immer höchst korrekt benommen. Seit dem 5. Juni  
habe ich von Herrn Thiel weder etwas gesehen noch gehört, ich habe  
sogar auch an den Detektivdirektor Schulze geschrieben, er möge  
alle Mitteilungen, die ihm zuzugingen, an einen der Mitverteidiger  
schicken.

Vorj.: Herr Thiel, was haben Sie hierauf zu erklären? Es  
muß Ihnen doch bewußt sein, welche eine schwere Tragweite Ihre  
Bekundung haben kann? — Zeuge Thiel: Schon der Unter-  
suchungsrichter hat mich darauf hingewiesen, daß ich wahrscheinlich  
in einem gegen Justizrat Sello anhängig zu machenden

#### Disziplinarverfahren

verwickelt werden würde. Ich habe mich ernstlich geprüft und kann  
kein Wort von meiner heutigen Aussage zurücknehmen.  
Justizrat Sello: Dann muß ich aber doch darauf hinweisen,  
daß der Zeuge nach seiner gestrigen Vernehmung auch gesagt hat:  
So ist es!

Zeuge Thiel: Ich muß noch hinzufügen, daß Justizrat  
Sello mir bei dem ersten Besuche nicht nur den betreffenden  
Paragraphen aus dem Strafgesetzbuch, sondern auch einen  
bezüglichen Paragraphen aus Oshausens Kommentar  
vorgehalten hat. — Justizrat Sello: Ich war damals  
der Meinung, daß es sich nur um ein Disziplinarverfahren  
und nicht um eine strafbare That handle, welche nach dem  
Strafgesetzbuch geahndet wird. Ich nahm dies deshalb an, weil  
Thiel mir sagte, er habe nur nebenbei Dienste eines Privatdetektivs  
geleistet. Hierzu verweise ich ihn auf den § 323 im Oshausen. Ich  
bleibe aber mit aller Bestimmtheit dabei, daß dies nicht in meiner  
Wohnung, sondern in meinem Bureau geschehen ist. — Zeuge  
Thiel bleibt bei seiner letzten Aussage. — Auf Befragen  
des Präsidenten giebt der Zeuge Thiel zu, daß möglicher-  
weise die Erbschaftsangelegenheit auch von Luppja und nicht von Justizrat  
Sello angeregt worden sei, aber die Einzelheiten habe er mit dem  
Justizrat Sello besprochen. — Rechtsanwalt Fuchs I fragt den

Zeugen Thiel, warum er bei seiner gestrigen Vernehmung nicht alle  
diese Angaben gemacht habe. — Der Zeuge erwidert, daß er den  
Justizrat Sello so lange wie möglich  
habe schonen wollen.

Vorj.: Haben Sie sich ernstlich geprüft bei der großen Tragweite  
Ihrer Aussage? Ich bitte und ermahne Sie, wollen Sie alles  
aufrecht halten und für alles einstehen? — Zeuge Thiel: Ich  
habe mich ernstlich geprüft — ich bleibe dabei. — Justizrat  
Dr. Sello: Herr Thiel ist auf die außerordentliche Wichtigkeit  
seiner Aussage hingewiesen worden. Ich meinerseits kann vor meinem  
Gewissen und in der Hoffnung, es beiden zu können, sagen: So wie  
ich es gesagt habe, ist es gewesen.

Rechtsanwalt Fuchs beantragt die sofortige Vernehmung des  
Justizrat Dr. Sello. Der Vorsitzende erklärt, daß er die Verneh-  
mung erst fördern und die Vernehmung noch verschieben  
wolle, es seien ja noch mehrere andre Zeugen auch noch zu ver-  
nehmen.

Justizrat Dr. Sello: Ich werde mich also nach Hause be-  
geben, werde meine Wohnung nicht verlassen und bin auf  
telephonischen Anruf jederzeit zu haben. In diesem ersten  
Moment möchte ich noch hervorheben: Ich gehe nicht so weit, dem  
Zeugen Thiel vorzuwerfen, daß er aus Bosheit einem Manne, der  
sich seiner Interessen angenommen hat, etwas Falsches nachzusagen,  
glaube aber, daß er in der begreiflichen Erregung, in der er sich  
befindet, verschiedene Personen in seinen Gedanken  
zusammenzieht. Für mich ist die volle subjektive Würdigung  
dafür die Hauptsache, daß er behauptet, ich hätte ihm den Kapitän  
Wilson nennen wollen. Das ist absolut unmöglich, ich habe den  
Namen nicht gewußt, weiß auch jetzt nicht, wie er mit seinem bürger-  
lichen Namen heißt und wo er wohnt. Für mich ist er eben solches  
Rätsel wie für jeden andern.

Rechtsanwalt Fuchs beantragt nochmals die Vernehmung des  
Justizrat Dr. Sello. — Staatsanwalt Braut beantragt, die  
Vernehmung auszusetzen, gerade mit Rücksicht darauf, daß Zeuge  
Thiel in der Erregung sich befindet und verschiedenlich Erklärungen  
abgegeben hat, die von einander abweichen. — Der Gerichtshof be-  
schließt aus denselben Gründen die Vernehmung vorläufig aus-  
zusetzen. Der Gerichtshof wünsche die Sache möglichst völlig auf-  
zuklären. Ein Grund zum

#### Niederlegen der Verteidigung

sei nicht erkennbar.  
Der Angeklagte Sternberg bittet den Justizrat Dr. Sello,  
seinen Platz nicht zu verlassen, derselbe entfernt sich aber aus  
dem Saal.

Nach diesem Zwischenfall werden noch einige Zeugen geringerer  
Bedeutung darüber vernommen, daß die Ehle zt vielfach die Un-  
wahrheit gesagt habe.

Ein junger Mann Namens Müller bekundet, daß er vor mehr  
als zwei Jahren mit der Ehle, die er für eine Strahndirne ge-  
halten, unzählig verkehrt habe. Der Vater der Ehle sei dabei auf  
der Bildfläche erschienen und habe ihm unter Drohungen mit einer  
Strafandrohung darauf hingewiesen, daß seine Tochter noch nicht vier-  
zehn Jahre alt sei. Der Zeuge hat sich dadurch so einschüchtern  
lassen, daß er dem Vater Ehle im Ganzen 675 M. gezahlt hat.  
(Hier ist einzuschalten, daß gestern der Zeuge Ehle auf Grund  
dieser Affaire wegen Erpressung in Untersuchungshaft genommen  
worden ist.)

Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Donnerstag 9 1/2 Uhr  
verlagt.

### Verfassungen.

Die Schneider und Schneiderinnen, insbesondere die Helm-  
arbeiter und Zwischenmeister, protestierten am Dienstag in einer  
autobusartigen öffentlichen Versammlung gegen: „Die be-  
absichtigte Vergewaltigung durch die hiesige  
Zwangsinnung“. Nach dem Referat Ritters gab es in Berlin  
1897 etwa 500 Zwangsmeister. Seit Gründung der Zwangs-  
innung sucht man nun, trotzdem es im Statut nicht vorgesehen ist,  
die Heimarbeiter und Zwischenmeister zu den Kosten der Innung heran-  
zuführen, und dadurch ist die Mitgliederzahl auf 7140 gestiegen,  
wununter höchstens 1800 wirklich selbständige Meister sein können;  
Die Summe, die auf diese Weise der Zwangsinnung zufließt, be-  
läuft sich auf 8-10000 M. jährlich. Die Beiträge sind, wo sie nicht  
gütwillig gezahlt wurden, durch den Gerichtsvollzieher eingefordert  
worden. Der Redner weist auf die Inkonsequenz hin, die darin  
liegt, daß nicht allein die Unternehmer und die Großkonfektionäre,  
sondern auch die Gesellen, die für sie arbeiten, als Zwangsmeister  
gelten sollen. Nun fordert das Polizeipräsidium die Hausgewerbe-  
treibenden des Schneidergewerks auf, sich in der Zeit vom  
10.-20. Dezember dazu zu äußern, ob sie Mitglieder  
der Zwangsinnung sein wollen oder nicht. Indem der  
Referent des weiteren ausführte, in welcher Weise die Innungen  
durch die Gesetzgebung großgezogen worden sind, weist er darauf  
hin, wie nutzlos diese Verordnungen besonders für die Heimarbeiter  
sind. Trotz Aufforderung des Vorsitzenden meldete sich kein Vertreter  
der Innung zum Wort. T ä t e r o w spricht im Sinne des Referenten  
und kritisiert besonders das Verhalten der Innung bei der Lohn-  
bewegung. Von Frau Reimann wird im Interesse der Orls-  
Krankenkasse zum Protest gegen das Bestreben der Zwangsinnung  
aufgefordert. Ein diesbezügliches Circular wird jedem zur  
Verfügung gestellt. Vergebens wird der Redacteur der  
„Deutschen Mode“, von dem man annimmt, daß er anwesend sei,  
aufgefordert, sich wegen seiner Haltung in der Angelegenheit zu  
rechtfertigen. — Nach längerer Diszussion, in der sich unter andern  
auch der Vertreter des Gesellenausschusses gegen das Verhalten der  
Innung äußert, gelangt folgende Resolution einstimmig zur An-  
nahme: „Die, insbesondere von Heimarbeitern und Zwischen-  
meistern besuchte öffentliche Schneider-Versammlung erhebt  
gegen das Bestreben der hiesigen Zwangsinnung, Haus-  
gewerbetreibende zur Mitgliedschaft heranzuziehen, Protest. Die  
Versammelten erklären, daß sie, obwohl nicht auf einer Betriebs-  
werkstätte, sondern als Heimarbeiter beschäftigt, trotzdem nur als  
Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung betrachtet werden können,  
da sie ebenso wie die Werkstattarbeiter in einem wirtschaftlichen  
Abhängigkeitsverhältnis ihren Arbeitgebern gegenüber stehen  
und in logischer Konsequenz mit den Bestrebungen der Innung  
nichts gemein haben“. — Das Bureau der Versammlung wird  
beauftragt, vorstehende Resolution dem königl. Polizeipräsidium zur  
gefl. Kenntnisaufnahme zu überweisen. Zum Schluß fordert der Vor-  
sitzende nochmals dazu auf, daß jeder Einzelne mündlich oder  
schriftlich (durch das vom Bureau ausgegebene Circular) bis spätestens  
den 20. d. M. im Gewerbe-Kommissariat, Krausenstr. 29, gegen das  
Bestreben der Innung protestiert.

Die Steinarbeiter hielten am Sonntag eine öffentliche Ver-  
sammlung im Englischen Garten ab. Gen. Rischke referierte  
über „Soziale Gesetzgebung“ unter Bezugnahme auf die Kämpfe der  
Arbeiterorganisationen. Die Anwesenden folgten den Aus-  
führungen des Referenten mit regem Interesse und be-  
kundeten durch lebhaften Beifall ihre Zustimmung. Eine ent-  
sprechende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme.  
Die Mitglieder des Gesellenausschusses erstatteten noch einen kurzen  
Bericht über die gemeinschaftlichen Verhandlungen mit dem Innungs-  
vorstand betreffend die Rißstände auf einigen Arbeitsplätzen. Rischke  
besprach noch zum Schluß die Submissionsarbeiten, welche leider auf  
Kosten der Arbeiterschaft so billig, wie nur möglich ausgeführt werden.

Charlottenburg. In der am 7. d. M. abgehaltenen Sitzung  
der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wurde der in der  
letzten Sitzung unerledigt gebliebene Punkt des neu ausgearbeiteten  
Regulativs angenommen. Eine Generalabstimmung über das gesamte  
Regulativ ergab einstimmige Annahme. Koppig, Spörer und  
Rungs wurden als Kandidaten zu den demnächst stattfindenden  
Wahlen zum Schiedsgericht für Arbeitervermittlung nominiert. Unter  
Gewerkschaftlichem Vorwies der Vertreter der Barbierschubert  
den Reunions-Geschäftsplan und ersucht um Unterstützung seitens  
der Gewerkschaften. Die Vertreterin der Plätterinnen macht auf die

hierorts bestehende Beschwerdestelle für Arbeiterinnen aufmerksam.  
Dieselbe befindet sich bei Frau Wilk, Osnabrückerstr. 27. Es fehlten  
Zuglärbeiter und Zimmerer.

Waidmannslust. Am Sonntag den 2. d. M. hielt der hiesige  
Wahlverein seine Mitgliederversammlung ab. Royke hielt einen  
1 1/2 stündigen Vortrag über den internationalen Sozialistenkongress in  
Paris. Der interessante Vortrag fand reichen Beifall.

### China.

#### Die Antwort des Kaisers von China

an Li-Hung-Tschang und die andern Gouverneure, die den Kaiser  
in einer Eingabe um Rückkehr des Hofes nach Peking gebeten  
hatten, lautet nach dem „Ostas. Lloyd“:

„Wir haben gefunden, daß eine Austrottung der Vögel-  
bewegung ebenso schmerzhaft wie eine Pacifizierung  
der Insurgenten ist. Wir sind unter dem Donner der  
Kanonen aus unserer Hauptstadt geflohen und hatten schwere  
Wühlfäden auf der Reise zu überstehen, von denen Ihr General-  
gouverneure und Gouverneure nicht die geringste Vor-  
stellung habt. Wenn wir nicht die richtigen Ratgeber erwählten,  
so war das unsere Schuld, wie wir das früher öffentlich erklärt  
haben. Unsere schlechten Ratgeber werden nichtdestoweniger  
schwere Strafen erleiden. Ursprünglich ersehnten auch wir  
immer raschen Frieden. Durch eine baldige Rückkehr nach  
Peking würden die Gemüter sich beruhigen und die Regierung sich  
ebenfalls festigen. Wir haben nicht das geringste Verlangen, noch weiter  
nach Westen zu gehen und Peking auszugeben. Indessen haben  
unsere Bevollmächtigten in Peking noch keine Friedensverhandlungen  
anknüpfen können; die fremden Soldaten halten Peking in be-  
stimmten Bezirken besetzt; Beamte und Volk können dort nicht  
nach Westen verkehren. Wie sollten wir uns dazu  
verstehen können, von heute auf morgen  
plötzlich nach Peking zurückzukehren? Wenn  
es das Ausland wirklich mit China gut meint, so  
wird es uns nicht die Herrschaft rauben wollen und  
uns nichts Unmögliches zumuten. Sobald die Ver-  
handlungen eröffnet sind, werden wir einen Tag für die Rückkehr  
festsetzen. Vorläufig werden wir in Hian-su unsere Residenz  
nehmen.“

Der Hof kommt also nicht nach Peking.

Wenn die

#### Friedensverhandlungen

ernsthaft begonnen werden, läßt sich noch gar nicht absehen. Nach  
einer Depesche aus Shanghai haben die Gesandten in Peking die  
Vollmachten Li-Hung-Tschangs und des Prinzen Tsching ge-  
brüht und die des ersteren für ungenügend erklärt, da sie  
nicht mit dem Specialsigel des Kaisers versehen ist. Es  
wurden dieselben Vollmachten verlangt, wie sie die Vertreter Chinas  
seiner Zeit bei den Friedensverhandlungen mit Japan besaßen.  
Das bedeutet natürlich wieder eine Verschleppung der Ver-  
handlungen. Die Mächte richten sich dafür in Peking um so be-  
haglicher ein.

Nach einer Meldung der „Morning Post“ besteht das in Peking  
eingesezte internationale Komitee unter dem Vorsitz des Generals  
Freiherrn von Gahl aus Major von Brigen (Deutschland), Kapitän  
Dobbs (Amerika), Kapitän Perigo (Italien), Oberst Schiba (Japan)  
und Kapitän Selwyn (England). Die Franzosen verweigerten be-  
sonnlich ihre Beteiligung, die Russen wurden ausgeschlossen, da  
sie keine Polizei mehr in Peking ansäßen.

#### Eine Feuerbrunst in Peking.

Innerhalb der „verbotenen“ kaiserlichen Stadt, etwa 1000 Schritt  
von dem Quartier des Grafen Waldersee, entstand ebenfalls eine  
Feuerbrunst. Die Wohnung des Mittelmeisters Rusche, Eschlons-  
Chefs im deutschen Reiter-Regiment, sowie die Quartiere der  
Schwadronsoffiziere und das als Kasino benutzte Gebäude wurden  
ein Raub der Flammen.

#### Deutsche Verluste.

Die offiziellen Protokolle über die dritte und vierte Sitzung  
der Budgetkommission des Reichstags sind ausgegeben worden.  
In der ersten Anlage zum Protokoll der dritten Sitzung ist  
eine Rekapitulation der Toten und Vermissten des deutschen Expeditions-  
corps in China enthalten. Bei der Ueberfahrt des Expeditions-  
corps vom 27. Juli bis 26. September 1900 starben 4 Mann, ver-  
misst wurde 1 Mann, bei der Ueberfahrt der Verstärkung vom  
31. August bis 31. Oktober 1900 starben 2 Mann (beide durch Unfall).  
In Ostasien sind bis zum 1. November 1900 verstorben 3 (darunter  
1 Offizier), nach einem Telegramm des Corpskommandos vom  
4. November starb bis zu diesem Termin noch ein Offizier, ein weiteres  
Telegramm des Corpskommandos findet am selben Tage den Verlust  
von 27 Toten, 1 Vermissten. Bis zum 11. November werden  
vom Corpskommando 10 Mann tot, 1 vermist, bis zum 21. No-  
vember weitere 15 Mann tot gemeldet. Am 29. November tele-  
graphiert Graf Waldersee den Tod eines Offiziers. Insgesamt  
starben in der Zeit vom 27. Juli bis 29. November 3 Offiziere,  
60 Mann, als vermist galten 3 Mann.

### Lezte Nachrichten und Depeschen.

Kiel, 12. Dezember. (W. L. W.) Die mit dem Dampfer  
„Adn“ aus China zurückgekehrten Offiziere und Mannschaften  
trafen um 1/2 Uhr hier ein. Admiral Köster hielt eine Ansprache,  
in welcher er der Tapferkeit der Heimgekehrten Anerkennung zollte  
und ein Hurra auf den Kaiser ausbrachte. Nachdem Ober-  
bürgermeister Fuß die Heimkehrer im Namen der Stadt be-  
grüßt hatte, ließ sich die Prinzessin Heinrich mehrere Verwundete  
vorstellen und erkundigte sich nach ihrem Befinden und ihren Ver-  
hältnissen. Sodann marschierte der Zug durch die reich besetzten  
und glänzend illuminierten Straßen nach der Kaserne, von der Menge  
begleitet. Die Verwundeten und Kranken folgten in mit Blumen  
geschmückten Wagen, denen sich die Krieger- und Militärvereine an-  
schlossen. Die zum Empfang erschienen waren.

Wilhelmshaven, 12. Dezember. (W. L. W.) Bei dem heutigen  
Festmahl, welches die Stadt Wilhelmshaven zu Ehren der  
China-Kämpfer veranstaltete, wurden 600 Mann bewirtet. Das  
ganze Offizierscorps sowie die städtischen Behörden waren erschienen.  
Admiral Thomsen verlas eine Depesche des Marinekabinetts, in  
welcher mitgeteilt wird, daß auf Befehl des Kaisers die Flaggen am  
Sonntag von sämtlichen gesunden Mannschaften nach Berlin ge-  
bracht werden sollen, wo auf dem Lehrter Bahnhof feierlicher  
Empfang stattfindet.

#### Aus dem englischen Unterhand.

London, 12. Dezember. (W. L. W.) Im Verlaufe der Ver-  
handlung des Verichts über die Nachtragsforderung für das Heer ver-  
langen Reid und Bryce, daß man den Boeren statt bedingungsloser  
Uebergabe mildere Bedingungen anbieten solle. Staatssekretär Deobrid  
verliest einen Auszug aus den Proklamationen des Lord Roberts und  
erklärt, die Regierung wünsche das Ende des Guerillakriegs. Wenn  
im Geiste dieser Proklamationen Abmachungen getroffen werden  
könnten, die den zur Uebernahme aufzufordernden Boeren mehr Ver-  
trauen einflößen, so würde die Regierung gern die nötigen Be-  
stimmungen treffen; Vorbedingung hierfür sei aber, daß diese Ab-  
machungen nicht als Beweis von Schwäche ausgelegt würden und  
dann eine Verlängerung des Kampfs herbeiführen.

Belgrad, 12. Dezember. (W. L. W.) Der frühere Minister  
Gentilich wurde heute wegen Majestätsbeleidigung und öffent-  
licher Beleidigung der Regierung zu sieben Jahren einfachen Ge-  
fängnisses verurteilt.  
Nagoe (Rorholm), 12. Dezember. (W. L. W.) Der Dampfer  
„Africa“ aus Läden retierte am 9. Dezember den Kapitän und drei  
Mann vom schwedischen Schoner „Gorea“ aus Mariehamn, welcher  
am 8. Dezember zwischen Oeland und Gotland kenterte. Sechs Mann  
ertranken.

Reichstag.

18. Sitzung am Dienstag, den 12. Dezember 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Gohler, Graf Gjadowski, Frhr v. Thielmann.

Die erste Staatsberatung wird fortgesetzt.

Abg. Richter (freil. Gg.):

Ich bin der Ansicht, daß der gegenwärtige Etat zu allzu düsteren Besorgnissen nicht Anlaß giebt. Auf die Einzelheiten des Etats will ich nicht auch noch eingehen. Nur möchte ich fragen, ob die Nachrichten über die neuen Bewehre richtig sind. Ich habe gehört, daß von einer solchen Reubewaffung gar keine Rede ist. Aber unsere heutige Zeit ist so leichtgläubig, daß eine Verächtigung doch notwendig ist. Man hat viel von der Sparsamkeit geredet. Aber wo soll gespart werden? Am Militäretat etwa? Selbst Herr Liebschütz hat einmal zugegeben, daß die Militärverwaltung sparsam wirtschaftete. Verweist man auf die Miliz, so habe ich schon häufig darauf hingewiesen, daß diese viel teurer werden würde, als das jetzige System. Beim Marine-Etat ist auch keine Sparsamkeit möglich. Die Weltpolitik ist eine Notwendigkeit, also müssen auch die Konsequenzen getragen werden. Die können nur in neuen Steuern bestehen, und solche wären auch kein Schade, wenn sie nur an der richtigen Stelle erhoben werden. Sehr wünschenswert wäre eine Reichsfinanzreform. Diese müßte die Einzelstaaten zu regelmäßigen Beiträgen heranziehen. Angenehmer wäre es mir ja, wenn Sie den Gedanken der Reichs-Erbchaftsteuer und der Reichs-Einkommensteuer zu Ihrem eignen machen würden.

Nun, meine Herren, komme ich zu dem Zolltarif. Nicht auf dem Wege der Verkösterung darf er verschoben werden. Sondern er müßte veröffentlicht werden. Die große Öffentlichkeit will auch ein Wort mitreden. (Sehr wahr!) bei den Freisinnigen.) Die Zusammenziehung des wirtschaftlichen Ausschusses ist auch derart, daß große Interessentenkreise gar nicht in ihm vertreten sind. Von uns ist kein einziger darin. Wenn aber trotzdem das Volk sich so nicht abspenken lassen will und sich in Vereinen zusammenschließt, um seinerseits Stellung zu den wichtigsten Fragen des Zolltarifs zu nehmen, so kann man ihm das nicht verdenken. Und wenn dann Herr von Kardorff über den Handelsvertrag-Verein und seine Tagung im „zoologischen Garten“ gerückt hat, so könnte ich ihn daran erinnern, daß jene Partei alljährlich im „Circus Busch“ ihre Heerschau abhält. Der Bund, der durch Duzende von besoldeten Agenten für sich Propaganda machen läßt, sollte sich nicht darüber einlassen, wenn Handel und Industrie einmal in gemäßigter, zu gemäßigter Form für ihre Interessen eintreten.

Ein großer Sturm erhob sich ja freilich auch, als Herr Professor Schmoller vom Reichstanzler empfangen wurde. Ich glaube aber doch, daß Herr Schmoller mehr von der Landwirtschaft und Handelsverträge verstand, als selbst Herr Hahn. (Heiterkeit.) Interessant ist eine Äußerung des preussischen Herrn Landwirtschaftsministers, der im Januar dieses Jahres im Abgeordnetenhaus sagte: „Ich halte die Behauptung, daß die Landwirtschaft bei den gegenwärtigen Preisen in Deutschland nicht mehr lohnend sei, für falsch.“ (Hört! hört! links.) Das sagt der Herr Landwirtschaftsminister, von den Agitatoren des Bundes der Landwirte wird aber im Lande behauptet, daß, falls wieder so ungünstige Handelsverträge abgeschlossen werden, wie das letzte Mal, die Landwirtschaft zu Grunde gerichtet würde und Deutschland dem Ruin entgegengehe. Einer solchen Agitation gegenüber müßte Industrie und Handel viel ruhiger sein. (Sehr richtig! links.) Gegenüber den ewigen Behauptungen von der Not der Landwirtschaft wäre es das Richtige, wenn eine landwirtschaftliche Enquete veranstaltet würde, wie ich sie seit Jahren verlangt habe. Jetzt soll eine solche veranstaltet sein, aber das Resultat hat man aber nur etwas aus der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ erfahren. Es sollen danach von 9000 Fragebogen nur 2700 zurückgekommen sein. Es geht aber daraus hervor, daß nur 20% Proz. der Erntehäuser aus Getreide herrühren, während 40 Proz. aus der Viehwirtschaft einkommen. Der Bauerndverein Nordost hat auch eine Enquete veranstaltet. Und aus dieser geht hervor, daß ein großer Teil sogar der mittleren Betriebe fast sämtlich Getreide zukaufen müssen. (Hört! hört! bei den Freisinnigen.) Also der Verein „Nordost“ sagt mit Recht, die Agrarier, die ein Interesse haben an den hohen Getreidepreisen, sind nur ein verschwindend kleiner Teil der Landwirtschaft und nicht die Landwirtschaft als Ganzes, wie Graf Limburg meint. (Ob! rechts. Sehr richtig! links.) Dann hat Graf Limburg auch über die Verkaufungsfrage gesprochen. Nun hat einmal der Landwirtschaftsminister v. Heyden gesagt, man dürfe auf den Gütern nicht eine Verwaltung auf fremde Rechnung betreiben, Schulden tilge man, indem man sie bezahle. Sie aber, M. S. tilgen sie, indem Sie sie auf fremde Schultern abwälzen.

Damit verlasse ich den Zolltarif (Bravo! rechts) und komme zu den Voeren. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat behauptet, daß deutsche Volk und die deutsche Regierung gingen in der Frage der Behandlung der Voeren verschiedene Wege, und die deutsche Regierung habe den Transvaalkrieg mit verschuldet. Das sind unsere agrarischen Patrioten! Am Tage nach der Rede des Abg. Rößler-Straßers lautete dieses Blatt: Der Vorigende des Bundes der Landwirte war der Dolmetscher aller noblen Empfindungen der Nation. (Heiterkeit.) Wir beglückwünschen ihn zu diesem Ehrentage seines Lebens, wir beneiden ihn! (Große Heiterkeit.) Als dann am nächsten Tage Graf Bülow gesprochen hatte, hieß es in der „Deutschen Tageszeitung“: „Von den Millionen Deutschen, die in dem Reichempfang Krügers eine Demütigung, eine Verbeugung vor England sehen, wird Graf Bülow nicht einen einzigen belehrt haben.“ So sprechen die Beschüßler von Thron und Altar in Bezug auf die auswärtige Politik unserer Regierung! — Ich behaupte, der Reichempfang Krügers war durchaus korrekt. Deutschland hat Krüger rechtzeitig gewarnt, damals hat dieser aber ein Schiedsgericht abgelehnt. Auch die demokratische „Neue Zürcher Zeitung“ beurteilt die ganze Situation, wie das einem nüchternen Politiker zukommt. Als der deutsch-englische Vertrag bekannt wurde, sahen wir in England dasselbe Schauspiel. Auch dort schrieben Blätter von einer Verbeugung — aber Englands vor Deutschland. Das gleicht sich gegenseitig aus. Ich würde es für einen großen Fehler halten, wenn das Deutsche Reich in dieser deutschen realistischen Politik nicht einmütig hinter dem Reichstanzler stünde. (Bravo!)

Kultusminister v. Gohler:

Der Herr Abg. Bebel bezog sich auf einen vom „Vorwärts“ veröffentlichten Artikel, in dem auf Grund eines Gerüchts behauptet worden ist, das X. Armee-corps solle ein neues Gewehr erhalten haben. Nach meiner Erfahrung sind die vom „Vorwärts“ verbreiteten Gerüchte fast immer unrichtig. So ist es auch hier. Man sprach von einem skandinavischen Gewehr mit automatischer Ladeeinrichtung. Die Artillerie-Prüfungskommission, die sich über alle Fragen der Bewaffnung auf dem Laufenden zu erhalten pflegt, hat sich bemüht, ein solches Gewehr zu erhalten. Es ist uns bisher nicht gelungen worden und also noch nicht vorhanden. Wie da von einer Bewaffnung eines Teils der Kemees mit diesem Gewehr gesprochen werden kann, weiß ich nicht. (Hört! hört! rechts.) Ferner ist von den Fabriken Krupp und Ehrhardt eine bessere Vorrichtung zur Hemmung des Rücklaufs bei Kanonen angeboten worden. Auch hier hat die Artillerie-Prüfungskommission Abwehru verlangt; die Proben sind ihr noch nicht zugegangen. Der Herr Abgeordnete Liebermann v. Sonnenberg hat dann noch behauptet, daß ein alter,

verbienstvoller Veteran keine Pension bekommen hat. In der That bezieht derselbe eine solche von 2000 M. (Heiterkeit.)

Abg. v. Giebock (Vole)

Eringt Vorgänge bei der Wahl in Meiner-Combst zur Sprache. Der betreffende Probst habe in den Wahlversammlungen direkt Lügen ausgesprochen. Ein Eingriff in die Wahlfreiheit liege seitens des Erzbischofs v. Stalderweck nicht vor.

(Reichstanzler Graf Bülow betritt den Saal.)

Trotzdem hat Herr Sattler versucht, aus diesem Vorfall politisches Kapital zu schlagen. Er hat den Probst einen deutsch-katholischen Probst genannt, um den Fall ausbeuten zu können, in der That ist der Probst aber ein Vole! Jedenfalls hat Herr Sattler das bisherige tadellose Verhalten des Herrn Erzbischofs v. Stalderweck verdrosen. (Glocke des Präsidiums.)

Präsident Graf Ballestrin: Herr Abgeordneter, Sie dürfen einem Abgeordneten nicht Motive unterstellen, die er nicht gekündigt hat.

Abg. v. Giebock (fortfahrend): Nun, dann hat es ihm wenigstens nicht gefallen. Ich bedaure, daß Herr Sattler diesen Ton in die Debatte gebracht hat. Wir protestieren gegen eine solche Untergrabung der kirchlichen Autorität. (Bravo!) bei den Polen und im Centrum.) Uebrigens muß ich konstatieren, daß in einem früheren Falle, als nämlich eine Wahlbeeinflussung durch einen Erzbischof gegenüber einem polnischen Probst vorkam, Herr Sattler es nicht für nötig befunden hat, diesen Fall einer Wahlbeeinflussung hier vorzubringen. Ich bedaure sehr, daß Herr Sattler in dieser Weise, wie das vorgefallen geistehen ist, die Tribune des Reichstags zu so ungerechtfertigten Angriffen mißbraucht.

Präsident Graf Ballestrin: Herr Abgeordneter, Sie haben nicht das zu sagen; ob ein Abgeordneter die Tribune mißbraucht, das zu beurteilen, steht mir allein zu.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (l.):

Ohne die Vertraulichkeit der Verhandlungen des wirtschaftlichen Ausschusses erklären zu wollen, glaube ich sagen zu können, daß der wirtschaftliche Ausschuss es sich zur Pflicht machen muß, den zwischen den einzelnen Berufsgruppen des Volks herrschenden wirtschaftlichen Kampf zu mildern und ihn in seiner Schroffheit abzumildern. Vor allem ist es sein Bestreben, wie schon öfters anerkannt worden ist, zwischen den einzelnen Erwerbszweigen der Bevölkerung die Reibungsflächen zu vermindern. Aber auch unserem Handel hat er Schutz verschafft gegenüber dem ausländischen Handel. Sodann geht der Redner eingehend auf die Bedeutung der gesamten Landwirtschaft auf den Staat über und auf die unbedingt notwendige Erhöhung der Getreidezölle. Die Rentabilitätsberechnung hat ergeben, daß die Grundrente immens zurückgegangen ist, ja daß an manchen Stellen von einer solchen überhaupt keine Rede sein kann, daß eine vollständige Entwertung des Grund und Bodens stattgefunden hat. Deshalb hat der Grund und Boden Getreidezölle nötig. Im weiteren kommt Redner auf Neuerungen des Abg. Ragnide, die dieser während der Kohlendebatte geäußert hatte, indem er von der zarten Rücksichtnahme der Agrarier gegenüber den Kohlenkonsumenten sprach, während sie gleichzeitig das Brot verteuern wollten. Das ist nicht richtig, denn während der Preis für Kohlen seit 20 Jahren beständig in die Höhe geht, ist der Preis für die Tonne Roggen von 220 auf 184 M. heruntergegangen. Also ist eine Erhöhung wenigstens auf den alten Preis gerechtfertigt, der vor 20 Jahren bestand. Gefahr liegt für die Landwirtschaft im Verzuge, deshalb wäre es uns lieb gewesen, wenn der Herr Reichs-Schatzsekretär einen etwas bestimmteren Ausdruck betreffend die Einbringung des Zolltarifs gebraucht hätte. Wir bitten, die Einbringung noch für diese Session zu ermöglichen. Es weht ja jetzt an der obersten Stelle ein etwas frischerer Wind. Vielleicht gewinnt die Sache dadurch einen frischeren, flotteren Fortgang. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Haffe (natl.) [mit allgemeiner Unruhe empfangen]:

Herr Richter hat gestern gewünscht, mich gestiefelt und gepoltert mit eingeleiteter Lanze jeden zum Zweikampf auffordern zu sehen, der gegen den Empfang des Präsidenten Krüger sei. Den Spaß werde ich Herrn Richter nicht bereiten.

In einem großen Teil der Presse ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich am Montag mit meinem Freunde Lehr in diesem Hause gefehlt habe, als die Besprechung der „Krüger-Angelegenheit“ begann. Die Leitung des alldeutschen Verbands besteht aus 6 Personen, von denen nur Herr Dr. Lehr und ich fehlten, während die Herren v. Kardorff, Arnim und Stolberg im Hause anwesend waren. Wenn es nötig gewesen wäre, hätten diese schon das Wort ergriffen! (Große Heiterkeit.) Im Haag habe ich mit anderen Herren am Montag eine Adresse an den Präsidenten Krüger überreicht. Die Darstellung dieses Vorfalls in der „Kölnischen Zeitung“ ist eine durchaus irrtige und ich kann nur sagen, absichtlich irreführend. Ich bedaure, daß der Herr Reichstanzler noch heute dieses weiterverwendete Blatt zur Aufnahme offizieller Nachrichten benutzte. Schon am 16. November wurde der Beschluß gefaßt, in den Niederlanden an den Präsidenten eine Adresse zu richten. Wir setzten voraus, daß Krüger von Frankreich zuerst nach den Niederlanden gehen würde. Wir können doch wahrlich nicht dafür, daß es uns nicht möglich geworden ist, die Adresse in Berlin zu überreichen; lieber wäre das uns jedenfalls gewesen. Wir müßten also unsere Schritte nach dem Haag lenken. Das war ja auch nicht das Ausland. Im staatsrechtlichen Sinn ist es allerdings Ausland, aber der alldeutsche Verband hat Mitglieder auch außerhalb des Deutschen Reichs und wir haben daher das Recht, im Ausland ebenso aufzutreten, wie innerhalb des Deutschen Reichs. (Zuruf: Dann sind Sie ja international!) — National! Über aber die ganze Erde zerstreut; Deutsche wohnen überall, auf der ganzen Erde. Es wurde uns der Vorwurf gemacht, wir hätten die Adresse im Namen des deutschen Volks überreicht; aber die wenigen Worte, die ich an den Präsidenten richtete, begannen mit dem Satz: „Recht im Auftrage des antilichen Deutschlands.“ (Große Heiterkeit. Rufe: Das ist ja selbstverständlich!) Ja, meine Herren, das ist selbstverständlich (erneute Heiterkeit), aber ich habe vorausgesehen, daß solche Angriffe kommen würden und habe ihnen im Voraus die Spitze abgedreht. Ich habe ausdrücklich gesagt, wir kommen im Namen des alldeutschen Verbands, und habe allerdings dann hinzugefügt: „getragen von den Sympathisanten des ganzen deutschen Volkes.“ (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Alles, was Bebel über die Behandlung Krügers, seinen Empfang in Köln usw. sagte, kann ich, abgesehen von einigen Bemerkungen, Wort für Wort unterschreiben. Ob mir dies angenehm ist oder nicht, ist eine andre Frage. Graf Caprivi sagte einmal, alle Regierungsmahnahmen müßten unter dem Gesichtspunkte betrachtet werden, welchen Einfluß sie auf die Socialdemokratie ausübten. Ich möchte das dahin variieren, daß ich sage: es ist in hohem Grade bedenklich, wenn die bürgerlichen Parteien sich mit der Socialdemokratie in Uebereinstimmung befinden in der Kritik einiger Handlungen unserer Regierung. Ist das der Fall, so kann man wohl vermuten, daß in der That etwas nicht richtig ist. (Gelächter links.)

Ich komme dann auf die Rede des Herrn Reichstanzlers vom vorigen Montag. Ich freue mich, daß wir endlich wieder einen thätkräftigen energischen Reichstanzler haben, aber wo viel Licht ist, da ist auch viel Schatten. Es ist die Gefahr vorhanden, daß wir durch seine glänzende Verehrtheit über die wahren Verhältnisse getäuscht werden. Der Herr Reichstanzler hat eine Summe einwandfreier Sätze ausgeführt, aber ich glaube, er hat aus richtigen Vordergründen nicht immer die entsprechenden Folgerungen abgeleitet. Der Herr Reichstanzler habe abfolut recht, wenn er sagt, daß wir strikte Neutralität bewahren müßten; es fragt sich nur, ob die Neutralität tatsächlich von

uns innegehalten worden ist. Wir scheint eine Neutralität nur zu Gunsten Englands und zu Ungunsten der Voeren bestanden zu haben. (Sehr richtig!) Hat doch ein deutsches Schiff der Bömann-Linie englische Soldaten befördert, und die Regierung ist meines Wissens nicht eingeschritten. Gerade die Begleiterscheinungen bei der Abweisung Krügers haben die deutschen Empfindungen verletzt. Gewiß giebt es Fälle, wo ein Reichskanzler gegen den Strom der öffentlichen Meinung schwimmen muß, aber hier war es nicht nötig. Wir gehen nicht gegen England, ich fordere Beweis für das Gegenteil. Auch wir wollen, daß Deutschland mit England auf dem Fuß der Gleichberechtigung handelt und behandelt wird. Wir hätten gewünscht, daß Krüger bei uns ebenso aufgenommen wäre, wie in den Niederlanden, die doch auch keine Intervention vorhaben. In England herrscht die Anschauung, daß man uns mehr bieten kann, als man andern zu bieten wagt. Es war doch sehr auffällig, daß die „Times“ schon vorher davon unterrichtet waren, daß Krüger nicht in Berlin empfangen würde. Danach schienen doch eigentümliche Beziehungen zwischen der Wilhelmstraße und jenem Weltblatt zu bestehen. Seit dem Sanfivar-Vertrag sind wir von England bei jeder Gelegenheit über Ohr gehauen worden. (Sehr richtig! rechts.) Sanfivar haben wir ohne genügende Gegenleistung aufgegeben. Ebenso fehlte beim Delagoa-Vertrag die englische Gegenleistung. Es ist eigenartig, daß die „Frankfurter Zeitung“, gewiß kein alldeutsches Blatt, in einem Artikel über den jüngsten englisch-portugiesischen Vertrag zu dem Ergebnis gelangt, Deutschland sei wieder von England über Ohr gehauen worden. Sie sagt: „Der deutsch-englische Vertrag ist dadurch gegenstandslos geworden. Wir haben die Voeren umsonst im Stich gelassen und sind wieder von den Engländern über Ohr gehauen worden.“ Ähnlich liegt es bei dem Hanse-Vertrag. Der offiziös bediente „Votal-Anzeiger“ sagt: „Ueber den Abschluß des Hanse-Vertrages wird erst eine spätere Zeit Aufschluß bringen. Wahrscheinlich ist er durch englische Mittelungen und französische Pläne hervorgerufen.“

Eine andre Behandlung Krügers hätte unsere friedlichen und korrekten Beziehungen zu England keineswegs gestört. Das ergibt sich aus der englischen Presse. Im „Daily Telegraph“ wird anerkannt, daß der deutsche Reichstanzler den augenblicklichen Schwachzustand Englands nicht mißbraucht habe. Aber dieser Zustand hätte doch von uns zu besseren Bedingungen benutzt werden sollen. Die ganzen Ereignisse der jüngsten Woche werden in Deutschland allgemein als Comidienz gegen England aufgefaßt. Der Reichstanzler meinte, der Empfang Krügers in Berlin hätte ihm nichts genützt, und zum Beweis exemplifizierte er auf Frankreich. Ich bin in der That auch der Meinung, daß der glänzendste und herrlichste Empfang hier Krüger nicht genützt hätte. Es entsteht nur die Frage, ob er nicht uns genützt hätte. Herr v. Marschall meinte seiner Zeit, daß es in unrem Interesse liege, die beiden Freistaaten zu erhalten. Herr v. Bülow ist entgegengelegter Meinung. Ich bin sehr unsicher, wem die Zukunft recht geben wird. Ob für uns die Zukunft Südamerika besser ist, wenn es jetzt zum Alliancevertrag zwischen Portugal und England kommt, ist sehr zweifelhaft.

Man sagt, die Frage des Kolonialbestandes wird in Europa entschieden, und gewiß werden solche Entscheidungen hier auf dem Kontinent einmal fallen. Aber inzwischen können in Südamerika Dinge geschaffen werden, die sich dann nicht mehr aus der Welt schaffen lassen. Für die Frage des Volkstums der Siedelung ist bei unsrer Regierung offenbar weniger Verständnis vorhanden als für die Interessen des Großkapitals, für die Mächenschaften der Herren Scharrlach und Cecil Rhodes. Solch ein Ereignis wie der Nichtempfang Krügers kann nicht spurlos vorübergehen und nicht ohne Einfluß auf die Stellung des Deutschlands im Ausland bleiben. Wir ist berichtigt worden, in Köln ist Krüger mit einer Begeisterung empfangen worden, wie sie vorher noch keinem Kaiser und König entgegengebracht ist. (Lachen bei den Socialdemokraten. Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.) In München hat der Freisinn für Krüger demonstriert. Herr Richter, halten Sie denn Ihre Münchener Freunde für eine quantität negligible? (Abg. Richter: Ich habe ja gar nichts gesagt! Große Heiterkeit.) Sie haben vorhin eine lange Rede gehalten, in der Sie sehr viel gesagt haben. (Erneute Heiterkeit.) Es ist schon unlängst über die Entschuldigungsansprüche Reichsdeutscher in Transvaal gesprochen und dabei die schamliche Behandlung durch die Engländer kritisiert. Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amts hat mir zwar eine Antwort gegeben, aber keine sehr befriedigende. Inzwischen habe ich eine Menge Belege erhalten, die geradezu die Brutalitäten von englischer Seite beweisen. Alle diese Schouhschneiten haben aber noch nicht ihre Sühne gefunden.

Das Wort civis germanus muß unsere Losung sein und diese Lösung entpringt nicht einer Don Quixoterie oder sentimentalen Weltspolpolitik. Wir rufen es denen zu, die über die Krüger-Affaire Witze machen und denen, die darüber lachen, vor allem aber denen, die sich das freche Wort only un German geprägt haben. Dieses Wort konnte doch einmal der deutschen Michel aus seinen Träumen aufstehen und den alten furor teutonius in ihm wecken. (Verzetzelter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Reichstanzler Graf Bülow:

Meine Herren! Der Abg. Haffe hat nicht ohne eine gewisse Erregung gesprochen, nicht ohne Pathos — es war ein schönes Pathos! Ich will mich bemühen, so ruhig und nüchtern als möglich zu reden, denn meine verantwortungsvolle Stellung legt mir die Pflicht auf, mich lediglich von der Staatsraison leiten zu lassen. Es hat mich auch interessiert, wie nunmehr der Herr Abg. Haffe herumplätscherte in den blauen Wellen des unbegrenzten Ozeans der subjekturalen Politik. Auch an diesem Vergnügen kann ich mich nicht beteiligen. (Sehr gut! rechts.) Ich muß auf der terra firma der Wirklichkeit bleiben; ich zweifle ja nicht, daß der Herr Abgeordnete Haffe mir an diplomatischer Weisheit, an staatsmännischer Erfahrung und Einsicht, an Willenskraft weit überlegen ist. Ich bin aber doch überzeugt, daß, wenn er an meiner Stelle stände — für so patriotisch halte ich ihn —, daß er ganz genau dieselbe Politik machen würde, wie ich. Er hat selbst erwähnt, daß er am letzten Montag bei der Staatsdebatte hier nicht zugegen war. Ich denke nicht daran, ihm einen Vorwurf hieraus zu machen. Aber ich kann nicht bloß wegen ihm (!) alles wiederholen, was ich schon damals gesagt habe. Ich wende mich zu dem, was er Neues gesagt hat. Er hat sich gewandt gegen unsre Art und Weise des Vorgehens, gegen unsren modus procedendi gegenüber Herrn Präsidenten Krüger. Die Sache lag ganz einfach so. Als wir hörten, daß der Präsident Krüger die Absicht habe, nach Berlin zu kommen, war diese Nachricht für uns überraschend. Diese Nachricht bekamen wir 24. Höchstens 48 Stunden, bevor die Vorreise stattfinden sollte. Bis her war allgemein angenommen worden, Krüger würde sich von Paris nach Holland begeben. Darum die Eilmahnahme des Herrn Präsidenten Krüger zurückzuführen war, das will ich hier unterörtet lassen! (Hört! bei den Natl.) Als er sich über Köln und Magdeburg nach Berlin begeben wollte, habe ich in der allerhöchsten und rücksichts-vollsten Weise durch Vermittlung der Volschaft in Paris und Herrn Dr. Lehds aufmerksam machen lassen, daß der Kaiser zu seinem Verbahren nicht in der Lage sei, jetzt den Herrn Präsidenten Krüger zu empfangen und daß ich deshalb hätte, von seiner Reise abzusehen. Als darauf nach einigen Hin- und Herreden der Präsident Krüger doch seine Reise nach Berlin ins Werk setzte, da habe ich ihm in Köln wiederum in der allerhöchsten-vollsten und entgegenkommendsten Weise durch den kaiserlichen Gesandten in Lugemburg noch einmal sagen lassen, Seine Majestät der

Kaiser sei außer Stande, ihn jetzt zu empfangen, und hätte deshalb, von seiner Reise hierher abzusehen. Ueberhaupt lassen wir uns nicht und vergewaltigen lassen wir uns auch nicht! Um hat der Herr Abgeordnete Hesse — und damit ist er ja auch in die Fußstapfen des Herrn Abgeordneten Vebel getreten — gemeint, daß unsere Haltung gegenüber dem Präsidenten Krüger hervorgehe aus Rücksicht auf das Ausland, und in seinen offiziellen Blättern habe ich sogar den Ausdruck gelesen, „aus Liebedienerei“ gegen das Ausland. (Abg. Wünderwald: Sehr richtig!) Unsere Haltung gegenüber dem Präsidenten Krüger, so bemerke ich auch gegenüber demjenigen, der soeben sein „Sehr richtig!“ rief, ging nur hervor aus der Wahrung unserer eigenen Interessen. Wie die englische Regierung und der englische Hof zur Reise des Präsidenten Krüger steht, das weiß ich nicht. Das erkläre ich hier auf das allerentschiedenste, daß von Seiten des englischen Hofes oder der englischen Regierung weder an Seine Majestät noch an mich, den verantwortlichen Reichskanzler, hinsichtlich der Reise des Präsidenten Krüger, hinsichtlich unserer Haltung im südafrikanischen Kriege weder ein Wunsch noch ein Antrag herangetragen ist. (Hört! hört!) Anzunehmen, daß Se. Majestät sich durch verwandtschaftliche Beziehungen beeinflussen lassen könnte, das zeigt wenig Kenntnis des Charakters seiner Majestät des Kaisers und seiner Vaterlandsliebe. Wenn es anders wäre, wenn irgend welche verwandtschaftlichen oder dynastischen Rücksichten Einfluß hätten auf unsere auswärtige Politik, dann würde ich keinen Tag länger Minister bleiben. (Lebhaftes Bravo!) Nun ist Herr Hesse auch zu sprechen gekommen auf das deutsch-englische Abkommen und hat uns in sehr schwarzen Farben geschildert, welche Folgen dies Abkommen haben könnte. Es hat mich das etwas erschauert, da er ja gar nicht weiß, was in diesem Abkommen drinsteht (Sehr richtig! links.) und ich werde es Ihnen auch jetzt nicht sagen, denn ich darf es nicht sagen. Die deutsche und die englische Regierung sind übereingekommen, daß dieses Abkommen bis auf weiteres und bis zum Eintritt bestimmter Umstände der Öffentlichkeit nicht übergeben werde. Solche Zusagen von Regierung zu Regierung muß man halten.

Nun hat der Herr Abg. Hesse und auch Herr Vebel gestern an das Telegramm erinnert, welches der Kaiser im Frühjahr 1890 an den Präsidenten Krüger gerichtet hat, als es sich nicht um einen regulären Krieg zwischen zwei Staatswesen sondern um ein Selbstunternehmen handelte. Ich denke gar nicht daran, dieses Telegramm zu verleugnen, durch welches der Kaiser seinem richtigen Empfinden von dem völlerrechtlichen Ernst der Sache Ausdruck gegeben hat, aber eben so wenig haben wir beabsichtigt, durch jenes Telegramm unsere Politik für immer und ad omnes casus et eventus et in omnia saecula (für alle Zufälle und Ereignisse und in alle Zukunft) festzulegen.

Wenn Herr Hesse unter Berufung auf Adressen und Volksversammlungen gesagt hat, daß die öffentliche Meinung für ihn und gegen mich wäre, so macht mich das auch nicht im mindesten irre. Nicht als ob ich nicht sehr wohl die Macht und die Bedeutung der öffentlichen Meinung kenne. Sie ist der starke Strom, der die Räder der politischen Mühlen treibt. Wenn aber von diesem Strom die Gefahr droht, die Räder in falscher Richtung zu treiben oder gar zu zerstören, so ist es die Pflicht einer Regierung, die diesen Namen verdient, sich einem solchen Strom entgegenzustellen, völlig unbeflügelt um die Popularität. Es giebt höhere Kräfte als diesen, die der Alldeutsche Verband ausstellt (Sehr gut!), nämlich das Bewußtsein, sich lediglich und ausschließlich leiten zu lassen von den wirklichen nationalen Interessen. Ich habe in den letzten Tagen immer wieder gehört und gelesen, daß das Recht auf Seiten der Boeren stünde. Ich scheue mich nicht, hier ganz offen zu sagen, daß das nicht das Entscheidende für uns sein kann. Das sage ich nicht nur zu Ihnen, sondern zum deutschen Volk, dessen Rechtsinstanz so sehr ausgebildet ist. Wir können bei Streitigkeiten zwischen fremden Völkern nicht fragen: wo ist das Recht und wo das Unrecht? Der Minister ist kein Sittenrichter. Er hat lediglich die Interessen des eigenen Landes zu wahren. Vom Standpunkt der reinen Moralphilosophie kann ich unmöglich auswärtige Politik treiben — das hat auch Fürst Bismarck nicht getan und vom Standpunkt der Bierbank auch nicht. (Sehr gut! rechts.) Als ich am Montag an die politische Bernunft dieses Hauses appellierte, an die man sich ja zum Kerker mancher Leute nicht umsonst wendet, befand sich Herr Hesse nicht im Saal. Ich mache ihm daraus keinen Vorwurf. Ich achte seinen Idealismus; das ist ein schönes Kapital des deutschen Volks, aber die Kräfte unserer auswärtigen Politik darf dieser Idealismus nicht führen. Die künftige Sicherheit des deutschen Volks darf er nicht gefährden. So lange ich an dieser Stelle stehe, werde ich diese Sicherheit und die Interessen des deutschen Volks und die Zukunft beschützen, gegen wen es auch sei, wahren, wie das meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist. (Lebhaftes Bravo rechts, im Centrum und bei den Freisinnigen.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Hr. v. Nischhofen wendet sich gegen die Behauptung des Abg. Hesse, daß Deutschland in dem Konflikt zwischen den Engländern und den Boeren nicht strikte Neutralität beobachtet habe. Der Bismarck-Linie ist die Beförderung von englischen Abblösungscommandos untersagt und gleichzeitig nach London berichtet worden, daß englische Truppen für Südafrika nur auf englischen Schiffen befördert werden dürften. Als am 7. d. M. das auswärtige Amt Kenntnis davon erhielt, daß die rheinische Maschinen- und Metallwaren-Fabrik in Düsseldorf eine große Bestellung auf Geschütze von der englischen Regierung erhalten habe, forderten wir sofort den Regierungspräsidenten in Düsseldorf auf, die Sachlage aufzuklären. Sein Bericht ergab, daß der Sachverhalt richtig angegeben war. Die englische Regierung hatte bei dieser Fabrik eine größere Anzahl Feldbatterien bestellt und ein Teil war bereits abgeliefert worden. Da wir eine solche Lieferung mit unserer Neutralität nicht für vereinbar hielten, suchten wir sie nach Möglichkeit zu verhindern, ganz wie in ähnlichen Fällen bei Kr. u. p. Herr Hesse hat sich dann weiter über die Ausweisungen Deutscher aus Transvaal beklagt. In sehr vielen Fällen waren die Ausweisungen nicht richtig und die Art ihrer Ausführung hat den völlerrechtlichen Vorschriften nicht entsprochen. Wir haben diese unsere Ansicht auch in London ausgesprochen. Andererseits lagen sehr schwierige Verhältnisse vor. Occupirte militärische Behörden sind wenig geneigt, auf Vorstellungen Rücksicht zu nehmen. Der legale Boden der Bismarck-Linie unserer Konjunktur war beschränkt, und nur ihrem Takt war es zu danken, wenn überhaupt etwas erreicht wurde. Dann lagen aber auch Schwierigkeiten in der Richtung der deutschen Reichsangehörigen in Transvaal vor. Ein großer Teil von ihnen hat sich den Boerencommandos ohne weiteres angeschlossen, ohne unsere Warnungen zu beachten. Die Neutralität nicht zu verletzen. Als sie wieder an ihre Wohnplätze zurückgeführt waren, betrachteten sie es als Pflicht der Behörden, deren Anweisungen sie eben mißachtet hatten, für sie einzutreten. Ich hoffe nur, daß man künftig etwas vorsichtiger sein wird und der Finger nicht zwischen Thier und Angel stecken wird, daß man andern nicht die Kastanien aus dem Feuer holen und sich nicht um die Angelegenheiten anderer Leute bekümmern soll. Sonst ist die gewöhnliche Folge, daß man Dank von seiner Partei erhält. Wir haben den Dank der Boeren nicht in Anspruch genommen, aber wie die Dinge jetzt liegen, dafür ist der Brief eines Deutschen aus Lourenço Marques, der eine große Rolle in Südafrika gespielt hat, der beste Beweis. Da heißt es: „Wir sind hier alle in der größten Not, die einen sind Krüppel, die andern sind Heberfrank. Niemand fällt es ein, uns etwas zu bezahlen, obwohl es doch versprochen war. Jetzt heißt es: Wir brauchen Euch nicht mehr, wir haben Euch ja gar nicht gemessen!“ Der Gehabe der Stammesherberschaft wird auch weit mehr von den Deutschen, als von den Boeren betont. Krüger wies in Köln sofort darauf hin, daß in den Adern der Boeren auch französisches Blut fließe.

Nachher verteidigt die Thätigkeit des deutschen Konsuls in Johannesburg bei den Ausweisungen. Die Verhaftungen und Ausweisungen wurden am 14. Juni mit großer Schnelligkeit vorgenommen. Nur 30 Stunden standen dem Konsul zur Verfügung und er hatte nur geringes Personal. Trotzdem gelang es ihm, von 106 verhafteten Deutschen, Oestreichern und Schweizern 59 frei zu bekommen. Die Erfolge des französischen und amerikanischen Konsuls waren viel geringer.

### Abg. Vebel:

Weder ich noch Herr Hesse haben verlangt, daß Deutschland den Finger zwischen Thier und Angel legen soll und die Kastanien für England aus dem Feuer holen soll, weder er noch ich haben verlangt, daß die Regierung eine Intervention herbeiführe, die dem deutschen Volke nachteilig werden könnte. Im Gegenteil, ich habe nur den einen Punkt in der Rede des Reichskanzlers bekämpft: den Nichtempfang des Präsidenten Krüger. Heute hat der Reichskanzler mitgeteilt, daß die Nachricht von dem beabsichtigten Besuch Krügers hier überraschend gekommen wäre, worauf der deutsche Kaiser ihm habe sagen lassen, daß er für jetzt nicht in der Lage sei, ihn zu empfangen; gleichwohl habe Krüger die Reise angetreten, und in Köln sei ihm nun noch einmal gesagt worden, daß er für jetzt auf den Besuch verzichten möge. Vielleicht läßt sich der Herr Reichskanzler in einem kurzen Nachwort darüber aus, ob ich dieses jetzt richtig verstanden habe. Ist das der Fall, so hätte man ihm bei der Antwort folgende Fragen stellen können, die auf den Empfang rechnen, wenn er zu einem späteren Zeitpunkt auf seiner Reise durch Europa nach Berlin kommen sollte. Ich bin ein Freund Englands, aber ich muß hervorheben, gewisse Komplikationen gegen England sind hier im Spiel. Der Herr Reichskanzler hat dann weiter in Bezug auf die Enthaltungen in der „Frankfurter Zeitung“ erklärt, daß das deutsch-englische Abkommen nicht im geringsten mit der Voerensache etwas zu thun habe. Wenn aber die Behauptung der „Frankfurter Zeitung“ richtig ist, daß wir bei dem Vertrage die Garantien sind, dann haben allerdings die Engländer allen Grund, nicht zu veröffentlichen, daß sie uns geleimt haben (Heiterkeit), und wir nicht, daß wir die Geleimten sind. (Erneute Heiterkeit.) Daß solche Gedanken austauschen, ist eben die Folge der Geheimhaltung. Ist der Vertrag recht und billig abgeschlossen, dann braucht er auch das Licht der Öffentlichkeit nicht zu scheuen. Der Reichskanzler hat dann im Befehl höchster Entrüstung gegen mich bestritten, daß irgend welche verwandtschaftlichen Gefühle für das Verhalten des deutschen Kaisers in dieser Frage maßgebend gewesen sind. Er hat mich durchaus mißverstanden. Seine Erklärung, daß er gegebenenfalls nicht einen Tag länger Minister bleiben würde, in allen Ehren; er hatte das nicht nötig, denn ich habe nicht behauptet, was er mir unterstellt hat. (Abg. Graf v. Bismarck rufte: Die deutschen Fürsten fürchten Gott und ihre Erbmutter.) Ich habe diese Äußerung nur als Auffassung eines Amsterdamer Blattes wiedergegeben und auch keineswegs mit ihr identifiziert. Der Herr Reichskanzler sagte, er desavouiere auch heute nicht das Telegramm des Kaisers vom Jahre 1890. Das wäre auch ein starkes Stück nicht nur gegenüber dem Kaiser, sondern auch der öffentlichen Meinung gegenüber. Er meint auch, die Politik könnte man nicht für alle Ewigkeit festlegen; gewiß, aber es ist kein Zweifel, daß durch dieses Telegramm und durch die Erklärungen, die hier der Staatssekretär v. Marschall und die Hauptführer der Parteien abgegeben haben, in dem Voerenwoll Hoffnungen auf die Haltung Deutschlands geweckt worden sind, die durch die gegenwärtige Haltung die bitterste Enttäuschung erfahren haben. Hätten wir uns damals nicht so engagiert, so wäre unsere Situation heute eine ganz andere. Der Herr Reichskanzler hat auf zwei historische Ereignisse exemplifiziert, auf den polnischen Aufstand 1863/64 und auf die Affaire des Battenbergers im Jahre 1896. Ueber die Haltung weiter Volkstheile dem Voerenwoll gegenüber will ich nichts sagen; in Bezug auf den Battenberger bin ich auch heute noch der Meinung, daß die Haltung des Fürsten Bismarck eine für Deutschland schädliche gewesen ist. Man mag darüber verschiedener Meinung sein können, aber ich glaube, die Verhältnisse auf dem Balkan hätten sich für Deutschland günstiger gestaltet, als sie heute sind. Ich könnte dem Herrn Reichskanzler föhrlings noch ein drittes Beispiel nennen. Ich denke dabei an die Intervention Deutschlands, andererseits von Rußland und Frankreich am Ende des chinesisch-japanischen Kriegs. Ohne diese Intervention wären die jetzigen chinesischen Wirren vielleicht nicht entstanden.

Am Eingang seiner Rede hat der Abgeordnete v. Nordhoff persönliche Invektiven gegen mich geschleudert, zu denen ich ihm nicht den mindesten Anlaß gegeben habe. Ich erwidere ihm, es giebt Angriffe, denen gegenüber es ein Ehrenmann für unter seiner Würde hält, überhaupt zu antworten. Im übrigen nehme ich Herrn v. Nordhoff längst nicht mehr ernst. Auch Herr Lieber hat mich respektiert und auf das Stenogramm des Rathollentags hingewiesen. Ich wußte bisher nicht, daß ein solches Stenogramm existiert. Aber wenn auch in der „Frankf. Z.“ nicht ganz dem Sinne nach die Worte Liebers wiedergegeben sind, so bleibt mein Urteil über die Politik des Centrums doch bestehen und ich bleibe dabei, das Centrum hat sich zum Schlepptier der jetzigen Regierungspolitik gemacht! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Graf Posadowsky behauptete gestern, er hätte Grund, mir zu danken, daß ich ihm durch meinen Angriff auf sein Verhalten in der bekannten 12 000 Mark-Affaire die Möglichkeit gegeben hätte, nunmehr selbst zu antworten. Zunächst will ich bemerken, daß Graf Posadowsky auch bei jener Intervention nach meiner Auffassung recht gut hätte antworten können. Wenn er damals trotz aller Provocationen nicht das Wort ergriff, so geschah dies wohl hauptsächlich deshalb, weil er unmittelbar hinter dem Herrn Reichskanzler seine Auffassung in der Sache in so gegensätzlichem Sinne hätte äußern müssen (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), daß dies auch sofort in diesem Hause in der unangenehmsten Weise empfunden worden wäre. Er hat mir nicht zu danken. Wenn hier überhaupt die Rede sein kann von Dank, so danke ich ihm deswegen, weil er sich herbeigelassen hat, sich aus der Reserve locken zu lassen, die er bei jener Debatte einnahm, und dadurch, daß er das Wort ergriff, Anschauungen entwickelte, die im stilltesten Gegenjag zu den damaligen Äußerungen des Herrn Reichskanzlers standen. Ich will nur konstatieren, daß Graf Posadowsky gestern kein Wort des Tadelns hatte für den ihm unterstellten Beantw. Herrn v. Voedike. Daraus muß ich schließen, daß dieser Vorgang nicht nur mit seinem vollkommenen Einverständnis, sondern möglicherweise auf seine eigene Veranlassung hin sich ereignet hat. Außerordentlich interessant ist auch die Art und Weise, wie Graf Posadowsky diesen Vorfall zu rechtfertigen beliebte. Er sagte: „Wenn das nicht geschähe ist“ — nämlich daß man die Kosten für die Denkschrift nicht aus dem Druckerschriftenfonds des Reichsamts des Innern gezahlt hat — „so mag die Ursache davon eine gewisse bürokratische Unzulässigkeit gewesen sein, oder es mag der Gedanke obgewaltet haben, daß der größte industrielle Verband, den wir in Deutschland haben, ein so großes Interesse daran hat. (Heiterkeit links und bei den Socialdemokraten.) Hören Sie doch weiter: „auf Grund des amtlichen Materials die Arbeiter über den wirklichen Inhalt des Gesetzes aufzuklären, daß man ihm auch die Kosten dafür auferlegen konnte. Das ist der einfache Sachverhalt.“ Danach ist also nicht die Rede davon, daß Graf Posadowsky gegebenenfalls nicht genau wieder so handeln würde. Diese Rechtfertigung, die er hier seinem und Herrn v. Voedikes Verfahren zu teil werden läßt, läßt logischerweise darauf schließen, daß er in jedem Falle genau wieder so verfahren wird, wenn er nicht von anderer Stelle daran verhindert wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das ist allerdings ein sehr merkwürdiges Verhältnis, in dem Graf Posadowsky und der Reichskanzler zu einander stehen. Der Herr Reichskanzler hat in Bezug auf seine eigene Haltung in solchen und ähnlichen Fällen nicht den geringsten Zweifel gelassen. Am 24. November erklärte er: „Schon diese Wahrnehmung“ — mein Freund Auer hatte vorher bemerkt, daß diese ganze Handlungsweise wieder die Anschauung bestärke, daß wir in einem Klassenstaat leben — und die Thatsache, welchen Agitationsstoff die Herren dort drüben aus diesem Fall geschöpft haben, mußte mich bedenklich stimmen in der Beurteilung der einzu-schlagenden Wege; denn ich bin der Ansicht, daß jede deutsche Regierung dem Gemeinwohl um so besser diene, je höher sie sich stellt über die verschiedenen Interessen, über die Parteien und die wirtschaftspolitischen Gegensätze. Ich bin davon durchdrungen, daß die erste Aufgabe der deutschen Regierung ist, das Wohl des

Ganzen im Auge zu haben. Die Regierung muß sogar den Schein vermeiden irgend welcher Abhängigkeit gegenüber Sonderinteressen. Daher siehe ich nicht an, trotz des guten Glaubens der beteiligten Personen, den eingeschlagenen Weg als einen Mißgriff zu bezeichnen.“ Ich meine, das ist doch schon eine sehr scharfe Beurteilung der Handlungsweise des Staatssekretärs und seines alter ego, Herrn v. Voedike. Es kommt aber noch besser. Der Herr Reichskanzler hat weiter erklärt, daß er, wenn er die Absicht einer solchen Maßnahme gewußt hätte, er ihre Ausführung zu verhindern gewünscht hätte. Alsdann machte er dem Grafen Posadowsky in Bezug auf seine Fähigkeit und Arbeitsleistung einige Komplimente; fuhr aber sogleich fort: „Ich bin der Ansicht, daß derartige Wege in Zukunft nicht mehr eingeschlagen werden sollen, und habe über diese meine Auffassung als allein im Reich leitender Minister die beteiligten Ressorts nicht im Zweifel gelassen. (Hört! hört!) Der Herr Reichskanzler hat dem Staatssekretär also in deutlicher Weise kundgegeben, daß eine derartige Handlungsweise in Zukunft nicht mehr vorkommen dürfte, und nun vergleichen Sie mit dieser klaren, präcisen, die ganze Handlungsweise des Grafen Posadowsky aufs schärfste beurteilenden Äußerung die Haltung und die Rede, die Graf Posadowsky an dieser Stelle gehalten hat. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler hat in seiner ersten Rede, die er hier hielt, unter dem Vorbehalt, wie ich glaube, aller Parteien, erklärt, daß, so lange er die Stelle einnehme, die er gegenwärtig bezieht, es als seine vornehmste Aufgabe betrachten würde, daß die Reichsregierung in ihren verschiedenen Departements von einheitlichen Grundgedanken geleitet werde. Wenn Graf Posadowsky in einer außerordentlich wichtigen parlamentarischen und konstitutionellen Frage genau den entgegengesetzten Standpunkt vertritt, wie der Herr Reichskanzler, wäre eine Aufklärung nach dieser Richtung außerordentlich wünschenswert. Ich gehe aber noch weiter und behaupte, daß die Aufklärungen, die ich eben aus der Rede des Herrn Reichskanzlers citiere, nicht nur einer verkehrten Meynande, sondern einer Coramierung des Herrn Staatssekretärs Grafen Posadowsky zweifelhaft ähnlich seien. Graf Posadowsky gehört doch aber zu denjenigen Kreisen, die ein ganz besonders feines Ehrgefühl besitzen sollen. Da muß ich doch sagen, wenn ich zu diesen Kreisen gehörte und diese Auffassung derselben teilte, so würde ich nach dieser Rede von dem Blatte des Herrn Reichskanzlers so weit abdrücken, als das irgend möglich wäre. (Bewegung.) (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Graf Posadowsky hat nun behauptet, daß das Gesetz nicht nur zum Schutze der Arbeitswilligen gegeben wäre, sondern es wäre auch gerichtet gewesen gegen den Terrorismus der Unternehmer. Nun, ein Unternehmervorband in Deutschland, der seine Arbeiter am allermeisten terrorisiert, ist gerade der Centralverband deutscher Industrieller. Ich erinnere an ein Wort des Herrn Bued: Die Arbeitgeber haben das Recht, da sie zugleich Brotgeber der Arbeiter sind, zu verlangen, daß die Arbeiter so stimmen, wie es ihrer Arbeitgeber für richtig halten. (Hört! hört!) Von einem dergleichen Verband nimmt der Staatssekretär Graf Posadowsky 12 000 Mark, die unter anderem auch dazu verwendet werden sollen, den Terrorismus der Arbeitgeber durch das Gesetz zu bekämpfen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ja, Herr Graf, das machen Sie wohl, wenn Sie wollen. Ein Mensch, der bis drei zählen kann, kann diese Auffassung nicht stellen. Es ist auch ganz unrichtig, wie es Graf Posadowsky darzustellen beliebt, als wenn hauptsächlich durch die einseitige und verbiffene Agitation der Socialdemokratie gegenüber diesem Gesetz die öffentliche Meinung erregt worden wäre. Diese Behauptung zeigt wieder ein Maß von Täuschung über die öffentlichen Angelegenheiten, daß ich nicht verstehe, wie man bei diesem Maß von Selbsttäuschung noch Staatssekretär im Reichsamte des Innern sein kann. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Durch einen Blick in die Akten über die Verhandlungen des Reichstags hätte sich Graf Posadowsky leicht darüber informieren können, daß bei der ersten Generaldebatte über die sogenannte Justizhausvorlage Vertreter aller bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Rechten in der energischsten Weise gegen dies Gesetz erklärt haben. Infolgedessen wurde ja auch das Gesetz nicht einmal in eine Kommission verwiesen. Das ist doch wirklich noch nicht so lange her, daß sich der Herr Staatssekretär daran nicht hätte erinnern können. Graf Posadowsky hat auch die Denkschrift erwähnt. Mit dieser Denkschrift wollte man die Unternehmertreue scharf machen, sie sollten die Abgeordneten daraufhin bearbeiten, damit sie im Herbst die Vorlage noch durchbrächten. Es war der letzte verzweifelte Versuch, auf die Unternehmertreue zu wirken. ... Noch etwas anderes. Die damalige Vorlage entsprang wiederholten öffentlichen Rantgebungen, einem Herzenswunsche des deutschen Kaisers, um diesen zu erfüllen, sollte Graf Posadowsky die Verpflichtung, das Gesetz durchzubringen.

### Präsident Graf v. Ballestrem:

Ich bitte, die Person Sr. Majestät nicht in dieser Weise in die Debatte zu ziehen, das ist nicht zulässig.

### Abg. Vebel:

Ich glaube, die betreffende Rede stand im „Reichs-Anzeiger“.

### Präsident Graf v. Ballestrem:

Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe, die Art und Weise war nicht so, daß ich es zulassen konnte.

### Abg. Vebel (fortfahrend):

Gewiß würde, wenn der Plan gelungen wäre, der Dank nicht ungediegen sein. Worin er bestanden hätte, kann ich ahnen, aber ich will es nicht sagen. (Heiterkeit.) Man kann also wohl sagen, dieser Belegentwurf sollte der schlimmste Schlag werden, der seit dem Socialistengesetz gegen die Klassenbewegung Arbeiterkraft gerichtet werden sollte. Das Verfahren des Grafen Posadowsky muß als gerichtet angesehen werden, wo man noch Sinn für Recht und Gerechtigkeit, für konstitutionelle Rechte besitzt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich muß die Handlung des Herrn Staatssekretärs und des Herrn v. Voedike als eine Völligverdrängung charakterisieren, die eine Verfassungverletzung involviert. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Graf Posadowsky hat sich dann auf den Minister Millerand berufen und sich sozuzagen mit ihm auf eine Stufe gestellt. Hat dem Posadowsky so wenig Zeit, sich über den Belegentwurf Millerands zu unterrichten? Der Entwurf Millerands bedeutet etwas ganz anderes, er bedeutet die Einführung des Parlamentarismus und Konstitutionalismus in die Fabrik. Er proklamirt das Recht auf Streik und sagt, wenn sich die Mehrheit der Arbeiter einer Fabrik für den Streik erklärt habe, müssen sich die andern anschließen, also nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht des Streiks. Wer dieser Pflicht nicht nachkommt, wird bestraft. Wir haben dem Grafen Posadowsky auch nicht vorgeworfen, daß er zu den Versammlungen der Arbeitgeber geht, wir haben nur beklagt, daß die Regierung nie Zeit für die Arbeiter-Organisationen hat, während bei den Interessen-Vertretungen der Industriellen die Regierungsvertreter hausenweise anwesend sind. Auf der einen Generalversammlung des Centralverbands war Herr v. Voedike mit zehn Kommissaren erschienen (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), die zehn Vertreter der Regierung sind in dem offiziellen Bericht als Delegierte der Regierung zur Generalversammlung bezeichnet. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das spricht doch wahrhaftig ganze Bände. Wenn ich die Rede lese, wie Herr v. Voedike vor einem Reserat des Herrn Bued gelächelt hat, so gebe ich dem Kollegen Auer recht, der gesagt hat, man sollte von einem Regierungsvertreter etwas Derartiges nicht für möglich halten.

Ich komme nun auf das Schreiben mit dem Refrain: Mandat vult decipi: Wer noch etwas Gefühl für Gerechtigkeit hat, der muß von heftiger Empörung über diesen Brief erfüllt sein. Das sagt aber Graf Posadowsky dazu? Seine ganze Rede war nicht nur eine Entschuldigung, sondern eine Rechtfertigung des Briefes. Herr Liebig ist tot; ihn trifft die Hauptschuld. Wir dieser Laiege aber den übrigen Unterzeichnern überhaupt diesen Brief vorlegen konnte, darüber hat sich Graf Posadowsky nicht ausgelassen.

Wie tief muß er sie eingeschätzt haben, wenn er ihnen die Unterschrift unter diesen von Eynismus strotzenden Brief zumutete. Keiner von den Herren hatte das Schamgefühl, das Humanitätsgefühl, die Unterschrift abzulehnen. Ein solches Verhalten wird aber hier von den höchsten Beamten entschuldigt. (Sehr gut! links.) Graf Rosadowitz bezieht sich aufs Reichs-Versicherungsam. Das Amt ist ihm ja unterstellt, was wird es ihm, nachdem der Chef sich schon in dieser Weise geäußert hat. (Sehr richtig! links.) Die Krückerung machte den Eindruck als habe Graf Rosadowitz die einzelnen Herren selbst vernommen. Ich glaube das nicht, er hat sich die Entschuldigung ohne persönliche Vernehmung zurechtgelegt. Sie beweist mir nur, daß das nach seiner Meinung arbeiterfreundliche Herz des Grafen Rosadowitz kapitalistenfreundlich schlägt. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Er hat kein Gefühl mehr für kapitalistischen Eynismus — böse Gesellschaft verdirbt gute Sitten. Deshalb auch kein Wort des Tadels über den berüchtigten Herrn Schiff. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Die See-Versicherungsgesellschaft hat uns ein sehr umfangreiches Schriftstück zugehen lassen, worin sie sich wegen des Laedischen Briefs zu rechtfertigen sucht. Ich fürchte sehr, daß dem Reichs-Versicherungsam diese ganz unzureichende Rechtfertigung genügen wird. In demselben Schriftstück wird auch der Leeder Schiff zu rechtfertigen versucht und sein Wort „Mannschaft leider gezeiter“ als ein Flüchtigkeitsfehler entschuldigt. Für jede Niederträchtigkeit, jede Gemeinheit hat man jetzt eine Entschuldigung bei der Hand. Graf Rosadowitz aber hat die See-Versicherungsgesellschaft unter Föhrung des starken Registers im Namen der verbündeten Regierung in Schutz genommen. Kein Wort der Entrüstung hat Graf Rosadowitz für den Brief übrig gehabt. Wenn die Arbeiter annähernd etwas Ähnliches täten, wie würde er da ausschäumen und von Demoralisation, Brutalität und Rohheit sprechen. Bis heute hat auch noch kein Vertreter einer bürgerlichen Partei das Verdammungsurteil über den Brief gefällt, das er verdient. Ich mache dem Grafen Rosadowitz den Vorwurf, daß verschiedene socialpolitische Gesekentwürfe nicht gekommen seien. Er wies mich auf die Kleinarbeit hin, die auf ihm lastet. Für die quantitative Seite seiner Thätigkeit habe ich volles Verständnis. Ich bin überzeugt, daß er und seine Geheimräte einen längeren als achtstündigen Arbeitstag haben. Wir sind gern bereit, alles zu thun, um Ihre Arbeit zu erleichtern. (Heiterkeit rechts.) Hören Sie nur weiter: Wir haben stets darauf hingewirkt, daß das große Departement des Reichsamts des Innern in zwei oder drei Departements geteilt würde, weil es so umfangreich ist, daß auch der tüchtigste Arbeiter und der intelligenteste Kopf die heterogenen Gebiete nicht sämtlich beherrschen kann. Wenn also im nächsten Etat eine Dreiteilung des Reichsamts des Innern vorgenommen ist und mehr Geheimräte verlangt werden, so werden wir für diesen Etat stimmen, wenn wir auch den Etat im ganzen ablehnen. (Lachen rechts!) Wenn wir den ganzen Etat einmal annehmen werden, dann entspricht er unseren Anschauungen, dann haben wir das Heft in den Händen und Sie haben mir mehr zu sagen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) 1896 war die Novelle zur Unfallversicherung in der Kommission fix und fertig. Wenn sie im Herbst an das Haus gebracht worden wäre, so wäre in 14 Tagen die zweite und dritte Lesung erledigt worden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Man hat sie aber nicht eingebracht, weil der Centralverband die Einbringung verhindert hat. In einem Bericht des Centralverbands war von dieser Novelle behauptet, daß die Kommission wesentlich von socialdemokratischem Geiste durchweht

und getragene Beschlüsse gefaßt hätte. Das sagte der Centralverband in einem offiziellen Bericht und damit entfesselte er den Sturm der Arbeitgeber, so daß der Staatssekretär nicht mehr wagte, die Vorlage in der Kommissionsfassung einzubringen. So war er genötigt, später die Unfallversicherung und die Invaliditätsversicherung-Novelle einzubringen. Nun sagte er, die zweite Fassung ist von den Großindustriellen auch belächelt worden. Ganz richtig! Aber zum zweitenmal hätte der Herr Staatssekretär vor den Herren nicht zurückweichen können. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das ging nicht und deshalb mußte er diesmal ihren Zorn über sich ergehen lassen.

Bei der Bäckerei-Verordnung wollen wir jede Abschwächung verhindern. Die Gewerbe-Inspektoren sind einmütig der Ansicht, daß diese Bundesratsverordnung keinen Grund zu Beschwerden giebt und daß die Bäckereimeister sie ausführen könnten, wenn sie nur wollten. Was für Zustände in den Bäckereien herrschen, darüber hat die Enquete, die Herr Bressfeld darüber veranstaltet hat, Auskunft gegeben.

Der Kriegsminister hat mir vorgeworfen, ich bezöge mich auf Gerüchte, die nachher in der Regel falsch seien. (Sehr richtig! rechts.) Daß Sie immer „sehr richtig“ rufen zu den Ausführungen des Kriegsministers, versteht sich für Sie als alte Halbmillitäre von selbst. (Stürmische Heiterkeit.) Das wäre ja eine schöne Indiscipline, wenn Sie etwas anderes rufen wollten. (Große Heiterkeit.) Das dürfen Sie ja gar nicht; Sie müssen immer sagen: Jawohl, was Excellenz sagen, ist „sehr richtig“. (Große Heiterkeit.) Ich bedauere den Kriegsminister, wenn er keine besseren Verteidiger hat. Die Verdächtigung meiner Person, die in seinen Worten liegt, muß ich aufs allerentschiedenste zurückweisen. Er kann gar nicht gehört haben, was ich gesagt habe. Ich habe gar kein Urteil auf Grund von Gerüchten abgegeben, sondern nur eine Anfrage an ihn gerichtet, für die er mir anstatt mich herabzuwürdigen, nur dankbar sein sollte. Er hat auf diese Anfrage ja auch geantwortet und wir wissen jetzt, woran wir sind. Daß überhaupt gefragt wird, ergibt sich aus dem alten Sprichwort: Gehramte Kinder scheuen das Feuer. Sei und in Deutschland müssen wir beständig die Augen offen halten. Mag der Kriegsminister durch die Fragestellung auch unangenehm berührt gewesen sein, ich thue meine Pflicht als Volksvertreter, und wenn das dem Kriegsminister unangenehm ist, so ist mir das angenehm. (Lebhafte Weisheit bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Rosadowitz: Herr Bebel hat behauptet, ich hätte den von Herrn Raab hier mitgeteilten Laedischen Brief unterschrieben. Das ist unrichtig. Ich habe ihn im Gegenteil für bedauerlich und sehr bedenklich erklärt. Wenn ich auch über den Briefschreiber, der, mag er auch hierin gefehlt haben, sonst die höchste bürgerliche Achtung in seiner Vaterstadt genöß, mit größter Vorsicht geurteilt habe, so war das ein Akt der Weisheit. Wir können auch die Männer nicht gleich verurteilen, die den Brief mit unterschrieben haben und deshalb habe ich mich zurückgehalten. (Sehr richtig! rechts.) Herr Bebel hat mir dann weiter einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich nichts über Herrn Schiff gesagt habe. Ich erkläre auf Ehre und Gewissen, daß ich den Fall Schiff erst aus der Raabschen Broschüre: „Die Rotflage weht“, kennen gelernt habe. Ich habe daraus erfahren, daß ich einmal in einer Versammlung neben Schiff gesessen haben soll. Das ist mir ganz unbekannt, ich kenne den Herrn nicht. Der Vorgang selber wird bestritten. Wenn die Thatsache aber richtig ist, dann teile ich Herrn Bebel's Auffassung darüber in allen Punkten.

Im übrigen bitte ich die Herren, mich nicht für Vorgänge verantwortlich zu machen, die vor meiner Amtszeit liegen.

Ob mein Herr Weggänger zum Centralverband gegangen ist oder nicht, dafür kann ich nicht verantwortlich gemacht werden. Wenn Herr Bebel schließlich gesagt hat, ich sei durch meinen Verkehr mit der Kapitalistenklasse zu so verkehrten Anschauungen gekommen, so kann ich ihm nur sagen: ob im Reichsamts des Innern viel Kapitalisten sitzen, weiß ich nicht; was aber die übrige Welt anlangt, so kann niemand weniger mit diesen Kreisen verkehren, als ich. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Sattler (natl.) hält seine Bemerkungen über den Erzbischof v. Stahlewski anrecht.

Hierauf wird die weitere Debatte vertagt. Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Richter (frei. Sp.): Herr Hasse hat mir Mangel an Ehrfurcht vor der Person des Präsidenten Krüger vorgeworfen. Er hat wohl im Vollgefühl seiner Bedeutung als Präsident des Alldeutschen Verbands seine Person mit Herrn Krüger verwechselt. (Große Heiterkeit.) Präsident Graf v. Ballestrem, mit dem Finger drohend: Das letztere war nicht mehr persönlich. Ich hatte gestern erklärt, mit Herrn Hasse Rede würde die Diskussion über Rosadowitz den Höhepunkt erst erreichen. Diese Annahme nehme ich heute ausdrücklich zurück. (Große Heiterkeit.) Es ist Herrn Hasse nicht gelungen, sich über das Niveau seiner sonstigen Reden zu erheben. (Erneute Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Auch das war nicht persönlich. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Hasse (persönlich): Herr Richter scheint den Ehrgeiz zu haben, in der Richter-Angelegenheit als Spätkmacher des Hauses aufzutreten. (Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Auch das war nicht persönlich. (Stürmische Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Schluß 7 Uhr.

### Aus der Frauenbewegung.

Die Wahlbewegung in Osterreich hat diesmal auch die bürgerlichen Frauen etwas in Bewegung gebracht. Unter der Führung von Hel Fickert, der bekannten freisinnigen Lehrerin, hat sich ein Komitee gebildet, zu dem Zwecke, in allen Bezirken Frauenversammlungen einzuberufen, um die bürgerlichen Frauen aufzufordern, für die freisinnigen Kandidaten eine lebhaftere Agitation zu entfalten. Vier dieser Versammlungen haben bereits stattgefunden und erfreuten sich eines außerordentlich guten Besuchs. In einer der Versammlungen waren außer den Liberalen und socialpolitischen Kandidaten auch zwei socialdemokratische, die Genossen Adler und Ellenbogen anwesend. Sie erklärten im Fall ihrer Wahl im Parlament für die vollständige Gleichstellung der Frauen mit dem Manne einzutreten. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, welche verspricht, daß alle freisinnigen Frauen in der fünften Curie für die socialdemokratischen Kandidaten agitieren werden.

In gewohnter Weise helfen die socialdemokratischen Arbeiterinnen bei der Wahlarbeit. Sie arbeiten gemeinsam mit den Wahlkomitees der Genossen. — Eigne große Frauenversammlungen wurden in Wien noch wenige abgehalten, aber in kleinen, auf Einzeladone beschränkten Versammlungen, sowie in den Versammlungen der politischen Vereine sprachen die Genossinnen sehr oft. Manche Genossinnen haben sich vollständig den Wahlkomitees zur Verfügung gestellt und helfen bei allen notwendigen Wahlarbeiten.

## Achtung! Tischler. Achtung!

Donnerstag, den 13. d. M., abends 8 Uhr, in der Königsbaur, Gr. Frankfurterstr. 117:

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Pläne der Tischler-(Zwangs-)Zunung betreffend Einführung der Kontrollbücher für die Gesellen.  
Referent: Fritz Kater. 2. Diskussion.  
Der Einberufer.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer Str. 15:

### Sitzung der Ortsverwaltung

und der  
Werkstatt-Kontrollkommission.

## Wahlverein Charlottenburg.

Heute, Donnerstag, den 13. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, in der Gambirius-Brauerei, Wallstr. 94:

### Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Conrad Schmidt über: Das eiserne Vohngesetz. 2. Diskussion. 3. Unser Antrag an den Socialdemokratischen Central-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Teltow-Beetzow-Storkow-Charlottenburg. 4. Statutenberatung. 5. Vereinsangelegenheiten. (250/18 Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.)

## Gewerkschafts-Kartell für Berlin u. Umg.

Freitag, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

### Versammlung der Delegierten

im Lokale des Herrn Schulz, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung:  
1. Wollen sich die im Gewerkschaftskartell vereinigten Gewerkschaften an den von der Centralstelle für Arbeitsmarktlberichte veranstalteten Arbeitslosen-Zählungen beteiligen? (257/6)  
2. Der Streit der Schriftsetzer in der Leipziger Volkszeitung.  
3. Interne Kartellangelegenheiten, betreffend den Jahresbericht und die Beitragsleistung. Der Ausschuss.

## Tichtbilder-Männervortrag

morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei  
Andreasstr. 21 Stechert,

ab.: Schwangerschaft, Geschlechtsleben u. Feiden  
von Naturheilk. Grundmann. Wöche 20 Pf. 1 Broschüre.  
Wittigleber u. Kranen-Ausnahme in Naturheilkunde.  
Köpnickstr. 72. Bräuden. Meanderstr. Naturärzt. Spr. 11-2, 6-8.

## Achtung! Vergolder. Achtung!

Heute, Donnerstag, den 13. Dezember cr., abends präcise 8 Uhr, in der Alhambra, Wallnertheaterstr. 15: (226/17)

### Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:  
Die Differenzen bei der Firma Aug. Werkmeister und Stellungnahme dazu.  
Vollzähliges Erscheinen ist dringend notwendig. Der Einberufer.

## J. Brünn

(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.  
Billige  
Weihnachts-Geschenke.

Nach dendeter Engros-Saison gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner  
Teppiche! Gardinen!  
Steppdecken! Portieren!  
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum  
Ausverkauf!  
Einzelne fehlerhafte Exemplare  
für die Hälfte des Wertes.

Praktische Weihnachts-Geschenke.  
Werkstatt-Schleidung auch für Bedränge aller Branchen.  
Dane Arbeitsschneidung für Deizer, Monteur, Klebtechniker, Mechaniker, Mittel. Blumen für Maler, Buchbinder, Bildhauer etc. (355/9)  
Adolf Wecker, Berlin C., Mühlendamm 3 (früher Wolkenmarkt).

# MIKADO

Putzpomade, unstreitig das beste  
Metall-Putzmittel der Gegenwart.  
BERLIN.  
Carl Sauber & Sohn, Alexandriastrasse 58.  
Germania-Wichse-Fabrik. (305L\*)

## Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.  
Am 29. Dezember 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Comptoir, Neue Hochstraße Nr. 18:

### Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats. 2. Geschäftliches. 3. Statutenänderung. 4. Verschiedenes. (367/3)  
Der Vorstand.

## Konsum-Verein Berlin-Rixdorf.

Freitag, den 14. Dezember, abends 8 Uhr:

### General-Versammlung

im Lokale „Sausjouci“, Rottbuserstraße 4a.  
Tages-Ordnung: (287/7)  
1. Bericht für das Geschäftsjahr 1899/1900. 2. Kassensbericht. 3. Verteilung des Reingewinns resp. Festsetzung der Dividende. 4. Ergänzungswahl des Vorstandes und Aufsichtsrats. 5. Anträge: 1. Anträge des Vorstandes und Aufsichtsrats; 2. Antrag Müller, nach § 40 Absatz 10 des Statuts; 3. Antrag Jahn, den Geschäftsanteil von 10 zu 10 Mark zu vermindern; 4. Antragtrag Tost u. Wen, nach § 45 des Statuts Einführung eines § 45a.  
Der Vorstand.

## Rote + Lose

Ziehung in Berlin vom 17.-21. Dezember 1900. (104/4\*)  
Haupttreffer: 100 000, 50 000 etc. Mk. bar.  
Originallose Mk. 3,50, Porto u. Liste 30 Pf. extra. Ausland 80 Pf.  
Berlin W., Peter Loewe, Marburgerstr. 7.  
Telegr.-Adr.: Glückspeter Berlin.

Künstl. Zähne von 3 Wt. an, vorzüglich. Plombieren schmerzlos. Zähne reinigen. Schmerzloses Bohren. Zahnfleischschmerzlos beseitigt. Reparaturen sofort. Goldstein, Bräudenstr. 123. \*

## Grosses Lager

in  
Brillant-, Opal-, Türkis-, Simili-, Korallen- und Granat-Schmucks.  
Goldene Ketten n. Gewicht u. billigst. Façonberechnung.  
Dukaten-Trauringe  
in jedem Gewicht am Lager.

## H. Zimmermann

206. Oranienstrasse 206.  
Gold- und Silberwaren-Fabrik.  
Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparatur. (358L\*)  
Telephon: Amt IVa, 6549.

## Uhren-Grosshandlung.

Glashütter-Uhren.  
Grösstes Lager  
in goldenen und silbernen Uhren.  
Goldene Damen-Uhren Mk. 15,75 an.  
Silberne Herren-Uhren mit Kette Mk. 10,—  
Goldene Herren-Uhren Mk. 30,— an.



Kommunales.

Die städtische Gewerbedeputation beschäftigte sich gestern abend mit den Bestimmungen über die Sonntagsruhe im nächsten Jahre. Nach einem Vortrage des Referenten Stadtv. Rosenow wurde beschlossen, dem Polizeipräsidenten, der auch noch die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft um Vorschläge ersucht hat, vorzuschlagen, die vom Centralausschuss gewerblicher und industrieller Vereine gewählten 88 Tage (9., 16., 23. und 30. März, 6., 13., 20. und 27. April, 4., 11., 18., 25. und 2. Mai, 9., 16., 23. und 30. November, 7., 14., 21., 28., 2. und 9. Dezember) als die Tage zu bezeichnen, an denen die offenen Ladengeschäfte statt bis um 9 bis um 10 Uhr geöffnet bleiben dürfen. Die Deputation bedauerte dann lebhaft, dem Magistrat und den Stadtverordneten die Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte nach Lage der heutigen Gesetzgebung nicht vorschlagen zu können. Ferner beschloß die Deputation, dem Inhaber einer sogenannten „Mechanischen Berufs-Lehr-Werkstätte“, in der bei dem Prinzipal ein Berufsjahr 28 Lehrlinge ausgebildet, die Entlassung sämtlicher Lehrlinge bis auf sechs aufzugeben.

Lokales.

So haben die Hauswirte gesteigert! Die Kanalisationsabgabe, um deren Herabsetzung die Hausbesitzer im vorigen Jahre petitioniert haben und in diesem Jahre von neuem petitionieren, hat in dem am 31. März 1900 abgelaufenen „Einkaufsjahr 1899“ um 226 407 M. mehr eingebracht, als im Voranschlag angenommen war. Das ist um so bemerkenswerter, da die Zahl der beitragspflichtigen Grundstücke hinter dem Voranschlag zurückgeblieben ist. Das Mehr an Beiträgen ist darauf zurückzuführen, daß der Ruwertag der Grundstücke im letzten Jahre bedeutend höher war, als der Voranschlag annahm. Jene 226 407 M. entsprechen, da die Kanalisationsabgabe gegenwärtig gleich 1 1/2 Prozent des Ruwertags ist, einer abgabepflichtigen Summe von 15 Millionen Mark. Um so viel ist also der Ruwertag der Berliner Hausgrundstücke über den Voranschlag hinausgegangen. Man sieht, wie die Hauswirte die Mieten in die Höhe geschraubt haben.

Die volkshilflichen Hochschulkurse dieses Winters sind zur ersten Hälfte nunmehr zu Ende gegangen. Unter ihnen hat der von dem Herrn Professor Dr. Diels und Privatdozent Dr. Helm geleitete Lateinkursus besonderes Ansehen erregt. War der Gedanke an sich schon schön, die klassische Sprache einer Zuhörerschaft zu lehren, die zumeist weit entfernt, von fremden Sprachen eine Ahnung zu haben, sich der grammatischen Formeln der eignen Muttersprache von der Volksschule her nur schwach erinnert, so fiel es noch mehr auf, daß die Einführung ins Latein in der kurzen Spanne Zeit von sechs Stunden bewerkstelligt werden sollte. Jetzt nach Beendigung des ersten Kurses werden wir den beiden Lehrern wohl nicht zu nahe treten, wenn wir unsere Ansicht dahin zusammenfassen, daß es mit dem Erfolg des Kurses nur recht schwach bestellt ist. Was wohl auch niemand übersehen kann. Die ganze Formenlehre wurde vorgetragen und daher ging es langsam im Fluge durchs Latein. Herr Dr. Helm las an jedem Abend zwei lateinische Stücke vor, welche in dem eigens für den Kursus hergestellten Lesebuch eine bis zwei Seiten füllten und docierte dann im Anschluß an das Gelesene jedesmal etwa soviel Regeln als dem Durchschnitte 5 Sextaner zur Ausfüllung eines ganzen Semesters genügen. Allerdings war den Zuhörern ausdrücklich anempfohlen worden, zu Hause nicht müßig zu sein und sich fleißig ans Einüben der Deklinationen und Konjugationen heranzumachen. Aber trotz aller Anstrengung wird diese Mühe wohl nur bei recht wenigen gefruchtet haben. Dies haben denn wohl auch die beiden Lehrer selber gefühlt. Am gestrigen letzten Vortragsabend nahm Herr Prof. Diels in einer kurzen Ansprache Gelegenheit, den Hören und Hörerinnen zu danken für die bewiesene Aufmerksamkeit, die in der That Anerkennung verdient. Denn fast alle hatten, den großen Schwierigkeiten zum Trotz, tapfer bis zum Schluß ausgehalten. Dann teilte Herr Prof. Diels mit, daß am 15. Januar ein zweiter Lateinkursus beginne, der sich mit der Caesarsliteratur befassen werde. Weiter aber offenbarte der Lehrer einen Plan, der, wenn er zur Ausführung kommen sollte, überaus bedeutsam ist. Studenten der hiesigen Universität haben sich nämlich erbaten, den Männern und Frauen, welche den ersten Lateinkursus besucht haben, in kleineren Circeln Privatunterricht zu erteilen und so den Stoff, der in diesem Kursus nur höchst unvollkommen aufgenommen werden konnte, nach pädagogischen Grundsätzen zu verarbeiten. Dieser Gedanke, der dankbar begrüßt wurde, ist schon darum von Belang, weil er beweist, daß nicht alle Studenten sich die bekannten häßlichen Ausdrücke zu eigen machen, in denen einige Herren sich auslegelten, als es sich darum handelte, die Akademische Lesehalle an Sonntagen dem Publikum zu öffnen. Wir glauben, daß der angegedachte Plan nicht allein den Arbeitern Nutzen bringt, sondern daß auch die Akademiker erheblich von einem Zusammenwirken mit den „niederen“ Volksschichten profitieren werden.

Die nach Neujahr beginnende zweite Vortragsreihe dieses Winters enthält auch im übrigen manches Beachtenswerte. U. a. wird Professor Dr. v. Lili über aktuelle Probleme des Völkerrechts sprechen; Professor Dr. Junz spricht über die Ernährung des wachsenden Menschen; Herr Professor Dr. Waldheyer über Nahrungsmittel und Ernährungsorgane und Herr Dr. Rog Hermann über das Theater und seine Geschichte.

Zur Frage der Reform des Kommunalwahlrechts. Der Stadtverordnete Dozent Dr. Kreuz hat folgenden Antrag zum Antrag Singer, der die Abänderung des bestehenden Kommunalwahlrechts behandelt, der Stadtverordneten-Versammlung unterbreitet: „Die Versammlung wolle beschließen: In Erwägung, daß eine Petition an die gesetzgebenden Faktoren unmittelbar nach Erlass des neuen Kommunalwahlgesetzes zwecklos erscheint, lehnt die Versammlung den Antrag Singer ab, indem sie gleichzeitig erklärt, daß eine befriedigende Reform des kommunalen Wahlrechts die Befestigung der Klassenwahl, der öffentlichen Stimmenabgabe und der Bevorzugung der Hausbesitzer enthalten muß.“ Außerdem liegt vom Ausschuss ein Antrag vor, über den Antrag Singer aus ähnlichen Gründen zur Tagesordnung überzugehen.

Das wäre allerdings für die Interessenten des heutigen Wahlsystems das bequemste. Ein großer Teil der Wuhelnde ist vom Magistrat vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung vom Postamt für den Preis von 4 1/2 Millionen Mark angekauft worden. Die Verhandlungen über den Kauf sind schon zum Abschluß gekommen, nur die kaiserliche Ermächtigung muß noch eingeholt werden. Der angekaufte Teil der Wuhelnde liegt gegenüber dem alten Eierhäuschen und dem Blüthenwalde. Der Preis beträgt 10 M. für den Quadratmeter ohne Holzbestand. Es soll eine Gedenkstätte auf dem Terrain errichtet werden.

Die Landes-Versicherungskasse Berlin hatte am Schluß des Rechnungsjahrs 1899 ein Vermögen von beinahe 40 Mill. Mark, in Wertpapieren, Grundbesitz und Bar, am Schluß der fünf Vorjahre 1898, 1897, 1896, 1895, 1894 und 41 Millionen, 84 1/2 Millionen, 29 1/2 Millionen, 23 1/2 Millionen, 18 1/2 Millionen Mark. Der Hauptbestandteil der Einnahmen, der Erlös für verkaufte Wertpapiere, belief sich 1894 auf rund 4 1/2 Millionen Mark, 1899 auf rund 6 1/2 Millionen. An Zinsen für Wertpapiere usw. wurden 1894 rund 1/2 Million Mark, 1899 bereits 1 1/2 Millionen eingenommen.

Die Influenza beginnt wieder um sich zu greifen. Nach den bis zum 24. November vorliegenden Meldungen erlagen ihr in der Woche vom 11.—17. November 5 Personen, in der Woche vom 18.—24. November 7 Personen. Einzelne Todesfälle waren schon in den vorhergehenden Wochen zur Meldung gekommen.

Das Endergebnis der vierjährigen Wahlen zum Direktorium der akademischen Lesehalle stellt sich wie folgt: Wahlberechtigte Mitglieder 1965 (im Vorjahre 1838); abgegebene Stimmen 1038 (1878). Davon entfielen auf den Verein Deutscher Studenten und verbundene Korporationen 623 (632), auf die Finkenstraße 389 (300), auf den Socialwissenschaftlichen Studentenverein 215 (200), auf die katholischen Korporationen 208 (146), den Verein jüdischer Studenten 124 und auf die Freie Wissenschaftliche Vereinigung 108 (100). — Zu später Stunde schloß sich an die Wahlen die Konstituierung des Direktoriums im größten Hösaal der Universität: Zum ersten Vorsitzenden wurde Korbe (V. D. St.), zum zweiten Vorsitzenden Deibel (Finkenstraße) gewählt, zum ersten Schriftführer Ortman (katholische Kolonia), zum zweiten Schriftführer Gesse (Socialwissenschaftlicher Studentenverein), zum ersten Kassierwart Ansh (nationaler Verband wissenschaftlicher Vereine), zum zweiten Kassierwart Herz (F. D. V.).

Zu der Majestätsbeleidigungs-Affaire im hiesigen königlichen Wilhelms-Gymnasium schreibt uns Herr Rechtsanwalt Dr. Lehfeld:

Der Artikel in der letzten Sonntagsnummer Ihres geschätzten Blatts, der mit den Worten: „Wegen einer Majestätsbeleidigung“ beginnt, bezieht sich auf meinen neunjährigen Sohn Hans, der bis zum 27. November a. c. Schüler der Quinta des königl. Wilhelms-Gymnasiums gewesen ist. Im Interesse der Wahrheit halte ich mich, ohne auf die Sache selbst eingehen zu wollen, für verpflichtet, Ihnen ergebnis mitzuteilen.

- 1. daß mein Sohn nicht aus der Schule entfernt worden ist, sondern daß ich ihn aus derselben abgemeldet habe,
2. daß eine derartige Anordnung des Kultusministers nicht ergangen sein kann, da mein Sohn schon seit mehreren Tagen wieder in der Quinta eines hiesigen Gymnasiums Aufnahme gefunden hat.

Wegen Ausdehnung des Victoriaparks und Belegung des sogenannten Aufmarschterrains an der Kreuzbergstraße mit Parkanlagen, worüber der Magistrat schon wiederholt mit dem Militärkommando unterhandelt hatte, war der Freisinnige Verein der Halleischen Thorbezirke bei der städtischen Stadtdeputation vorstellig geworden. Er hat jetzt die Antwort erhalten, daß der Militärkommando das Terrain zu militärischen Zwecken für unentbehrlich hält. — Damit ist die Sache für lange Zeit erledigt.

Auf den Staatssekretär v. Bobbeldt ist eine Rennerung im Weisheits-Patentverlehr zurückzuführen. Es ist dies das Verbot der Vereingung mehrerer Postpakete zueiner Postpaketadresse im innern deutschen Verlehr für die Zeit vom 15. bis 25. Dezember. Dienstliche Rücksichten sollen das Verbot für diese Zeit rechtfertigen.

Wir werden um Aufnahme folgender Mitteilung gebeten: Alle, noch brauchbare Schiltschilde erbittet dringend zum Zweck der Verteilung an unbemittelte Schulkinder der Verein für gesundheitsgemäße Erziehung der Jugend an folgende Sammelstellen: Stadtverordneter Dremsle, Hoffenerstr. 8; Direktor Guhmann, Markusstraße 49; Frau Stadtrat Dr. Cohn, Augsburgerstr. 30/31; Rechtsanwalt Jacusiel, Kaiser Wilhelmstr. 20; Rektor Ehrhardt, Hübnerplatzstr. 7; Kaufmann Jden, Wilhelmshavenstr. 64; Dr. Jacusiel, Genthnerstr. 14 I.

Vom 14. in der Preussischen Hypotheken-Aktienbank. Auf Veranlassung der Revisionskommission der Aktionäre ist gegen den früheren Direktor der Bank, Herrn Heinrich Schmidt, der, abweichend von dem Verhalten der früheren Direktoren, Kommerzgerat Sander und Buchmüller, die Auerkennung seiner Regresspflicht und die Herausgabe von Vermögenswerten abgelehnt hatte, der dingliche und persönliche Arrest verhängt worden.

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten sind für das Vädereisgewerbe der 20., 21., 22. und 31. Dezember als Ueberarbeitstage zugelassen worden. In diesen Tagen dürfen in Vädereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die in der Bundesratsverordnung vom 4. März 1896 vorgeschriebene Zeit hinaus beschäftigt werden.

Erholungsstätten für Kranke in der Art, wie sie vorigen Sommer in der Jungfernhöhe hergestellt worden sind, sollen im nächsten Jahre mehrere errichtet werden. Bekannt ist das große Interesse, das Eisenbahnminister Thielen den Erholungsstätten entgegenbringt. Er erwiderte den kranken Arbeitern dadurch die Verwendung dieser Einrichtungen, daß er kategorisch verbot, den Erholungsbedürftigen zur Fahrt nach der Jungfernhöhe Arbeiter-Wohnearten zu verabsolgen.

Arbeiterinnenheim. Von befreundeter Seite werden wir um Aufnahme folgender Mitteilung ersucht: Das Arbeiterinnenheim in der Brückenstraße 8 wird fleißig von Arbeiterinnen benutzt, die ihre freien Stunden regelmäßig im Heim verbringen, dort ihre Mahlzeiten einnehmen (Mittagbrot 20 Pf.), sich an den Gesang-, Schneidestunden usw. beteiligen, oder die Abende dort in zwangloser Geselligkeit, mit Lektüre oder dergleichen zubringen. Das Heim, welches jeder politischen oder religiösen Tendenz entbehrt, ist jeder Arbeiterin täglich von 12—2 Uhr und von 6—10 Uhr unentgeltlich geöffnet; es ist namentlich Mädchen, die in Schlafstellen wohnen und des Familienanschlusses entbehren, zu empfehlen.

Zwei Einbrecher, die schon mehrere Jahre im Zuchthaus zugebracht haben, sind von der Kriminalpolizei wieder festgenommen worden. Einer von ihnen, Namens Koch, ist in der Verbrechenswelt unter dem Spitznamen Maler Paul bekannt. Seitdem die beiden Verbrecher das Zuchthaus verlassen hatten, kamen wieder Diebereien und Einbrüche nach Art derer vor, die sie früher verübt hatten. Diese Straftaten häuften sich, bis die Kriminalpolizei die alten Sünder wieder festnahm. Diese wollen es nun aber nicht gewesen sein, behaupten vielmehr mit der unschuldigen Miene, daß sie seit Verhängung der letzten Strafe einen ordentlichen Lebenswandel geführt hätten. Sie betrieben denn auch einen Handel mit Stiefeln, Lastschuhen für Herren und Damen, Touristenstiefeln mit schwarzen Sohlen, schwarzen, seidengefüllten Damencapes und federbesetzten Mänteln. Alle diese Waren aber sind wahrscheinlich aus Schrotkästen gestohlen und für die Eigentümer im Zimmer 87 des Polizeipräsidenten ausgestellt.

Einen schweren Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnzügen gab es Dienstagabend um 9 1/2 Uhr an der Ecke Landsberger- und Kleine Frankfurterstraße. Als aus dieser heraus ein Zug der Linie Friedrichsberg-Spittelmarkt in jene einbog, fuhr ein sehr schnell vom Alexanderplatz nach dem Wälschensplatz auf fahrender Motorwagen seinen Anhängerwagen mit großer Wucht. Vier Männer, die auf der hinteren Plattform des Anhängerwagens standen, flogen auf den Bürgersteig. Drei blieben unverletzt, der vierte dagegen, der Schuttmann Liebig vom Weidenweg Nr. 9, zog sich an der Stirn, der Nase und der Oberlippe so bedeutende Verletzungen zu, daß er die Hilfe der Unfallstation X in der Alten Schützenstraße in Anspruch nehmen mußte.

Ein Baumfall trug sich gestern, den 11., nachmittags gegen 2 Uhr auf dem Grundstück des Reichstagspräsidenten in der Sommerstraße zu. Ein Sandstein fiel aus der Höhe herab, traf den unten stehenden 82 Jahre alten Steinmetzen Paul Schäfer aus der Hagelbergstraße 14 am Kopf und schlug ihn zu Boden. Schäfer erlitt einen Schädelbruch und wurde von einigen Mitgehenden in einer Droschke in ein Krankenhaus gebracht.

Der „Giftmörder vom Teufelssee“, Lötzer Jänike, erhielt am Dienstag im Krankenhaus den Besuch seiner Frau. Frau Jänike, die in Potsdam einem Kinde das Leben geschenkt hatte, erhielt vom zuständigen Gericht die Erlaubnis, ihren Mann zu besuchen und ihm sein Kind zu zeigen, wenn nicht ärztliche Bedenken entgegenstünden. Da die Ärzte diese Frage verneinten, so konnte vorgestern der Besuch stattfinden. Wie die Frau später mitteilte, war Jänike sehr gerührt und sprach mit ihr des weiteren über ihre Zukunft. Frau Jänike ist jetzt mit dem Kinde nach ihrer Heimat gereist, um dort einstweilen zu bleiben.

Das Komitee zur Schaffung eines Centralhafens im Norden Berlins und für den Berliner Nordkanal hat durch Laurat Dilling in Potsdam eine Denkschrift herstellen lassen, die den Verwaltungen und Vertretern der beteiligten Gemeinden sowie auch dem Magistrat zu Berlin zur Prüfung und Aufnahme in das städtische Bauprogramm zugestellt wurde. Nachdem schon früher zu den notwendigen Vorarbeiten von der Gemeinde Neu-Wehensee 200 M. bewilligt wurden, liegt jetzt wieder ein Antrag vor, diese für den Kanal notwendigen Arbeiten durch einen weiteren Beitrag zu unterstützen.

Im Laboratorium des in Grünau liegenden Fabrik-Etablissements der deutschen Hartspiritus- und Chemikalien-Fabrik Aktiengesellschaft entstand gestern vormittag gegen 11 Uhr ein Schadenfeuer, durch welches das Laboratorium und einige anstehende Räume ausbrannten. Es ist ein beträchtlicher Teil des Warenlagers, insbesondere zum Versand fertig gestellter Hartspiritus, verbrannt. Das Feuer wurde durch die aus Grünau, Köpenick, Albershof, Niederhönneweide schnell erschienenen Feuerwehren und die der Chemischen Fabrik Grünau, LandsHoff u. Meyer Aktiengesellschaft, abgelöscht. Eine Betriebsstörung gilt nur für einige Artikel, wird aber in kurzer Zeit gehoben sein; besonders sei betont, daß das Feuer nicht durch Entzündung des Hartspiritus entstand, daß vielmehr letzterer sich während des Brandes als unexplodierbar, ungefährlicher Brennstoff zeigte. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Feuerbericht. Gestern nachmittag hatte die Feuerwehr Landsbergerstraße 106 einen größeren Kellerbrand abzuschließen, der Rutzhöfer einscherte. Kommandantenstraße 35 brannte der Inhalt eines Schaufens. In einer Buchbinderei Fehrbellinerstraße 64 ging ein großer Teil einer Ladeneinrichtung in Flammen auf. Nach 2 1/2 Uhr war Wilhelmstraße 121 in einem Droguengeschäft Feuer zu beseitigen, das einen Posten Droguen und Farben zerstörte. Vorher war im Central-Theater nach Schluß der Vorstellung elektrischer Kurzschluß in der Beleuchtung entstanden, ohne indes Schaden zu verursachen.

Geriichts-Beilage.

Der Tod und § 2 des Vereinsgesetzes. Der Vorstand des Amorsen war als Vorsitzender eines dänischen Vereins in Hensburg, der als politisch gilt, wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil der am 13. April 1900 eingetretene Tod eines Mitglieds der Polizei erst am 20. April, also am siebenten Tage, gemeldet worden war. Bekanntlich schreibt § 2 des Vereinsgesetzes vor, daß die Vorsteher von politischen Vereinen die Veränderungen im Mitgliederbestande der Polizei binnen drei Tagen anzuzeigen haben. Der Angeklagte legte die Bescheinigung ein, und Justizrat Kunkel machte für ihn vor dem Kammergericht geltend: Wenn ein Mitglied stirbt, brauche der Vereinsvorstand natürlich nicht erst das Ausschreiben aus dem Verein zu gestalten. Der Tod besorge das allein. Nicht mit dem Tode trete die Veränderung im Mitgliederbestande ein, sondern erst mit dem Augenblick, wo der Austritt „Vereinsthatsache“ werde, wo der Vorstand den Tod erfahre. Das sei nun hier erst am 18. April der Fall gewesen, so daß die polizeiliche Anmeldeung vom 20. April noch „binnen 3 Tagen“ erfolgt sei.

Das Kammergericht wies die Revision ab und führte aus: Die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes seien ohne Rechtsirrtum angewendet worden. Die Anzeige des Ausschreibens des verstorbenen Mitglieds hätte binnen drei Tagen seit dem Eintritt des Todes erfolgen müssen. Wenn der Vorstand den Tod nicht rechtzeitig erfahren habe, dann läge das an einem Mangel der Organisation, den der Vorstand vertreten müsse.

Man sollte denken, daß dies ungläubliche Urteil ebenso zur Befestigung des Meldeparagrafen im Vereinsgesetz beiträgt, wie 1896 der bekannte Prozeß gegen den socialdemokratischen Parteivorstand und die Berliner Partei-Organisation die Aufhebung des Verbindungsverbots zur Folge haben mußte.

Versammlungen.

Eine äußerst stark besuchte Versammlung der Maler tagte am Donnerstagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Dieselbe war vom Gehilfenausschuss einberufen, um zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Altgehilfe Märten teilte mit, daß die Innung erklärt habe, sie werde nur in Verhandlungen über Lohnforderungen eintreten, wenn eine durch den Gehilfenausschuss einberufene Versammlung Forderungen aufstelle. Daher mußte die heutige Versammlung stattfinden. Redner teilte weiter mit, daß Herr Valermester Kapstein in Vertretung des Obermeisters für die Innung anwesend sei. Flemming sowohl wie Kloy sprechen für den von der Vereinigung aufgestellten Tarif und eruchen um Annahme desselben. Link beleuchtet das Verhalten der Innung und bespricht dann den von Schütz eingereichten Lohnantrag. Es sei sehr leicht, Forderungen, wie achtstündige Arbeitszeit und 65 Pf. Stundenlohn, aufzustellen, aber durchzuführen ist so etwas nicht, wo heute noch in einer ganzen Reihe großer und mittlerer Geschäfte (Wodenstein, Bartel, Braunert, Bergemann usw.) noch nicht einmal die 50 Pf. gezahlt werden. Redner bittet für den von der Vereinigung aufgestellten Lohnantrag zu stimmen. Es sprachen dann Schütz, Klein und Behrend für den Lohnantrag, der eine achtstündige Arbeitszeit verlangt. Außer Riech, Bartel, Wäuger und Nicolai — welche letzterer auch Zwedmäßigkeitsgründen ebenfalls den von der Centralorganisation aufgestellten Lohnantrag mit einer kleinen Modifikation empfahl — griff noch Link wiederholt in die Debatte ein. Bei der Abstimmung stimmten für den Lohnantrag Schütz (acht Stunden und 65 Pf.) circa 40 Personen. Der von der Vereinigung aufgestellte Lohnantrag wurde mit Ausschluß des Passus 9 gegen 4 Stimmen angenommen. Ueber Passus 9 wurde besonders abgestimmt und wurde auch dieser gegen etwa 40 Stimmen angenommen. Sodann teilte der Altgehilfe Märten mit, daß die Innung die Lohnanträge durch 6 Personen aus dem Verband der Malereigeschäfte Berlins und Umgebung ergänzen werde und daß auch der Gehilfenausschuss durch weitere 6 Kollegen ergänzt werden solle. Auf Vorschlag Link werden dazu Flemming, Roebel, Riech, Grünlag, Bartels und Plum gewählt, sämtlich der Vereinigung angehörend. Die Versammlung war von etwa 1000 Personen besucht.

Nieder-Schönhausen. Am 5. Dezember fand in Nieder-Schönhausen bei Biltow eine öffentliche Volksversammlung statt, in der Genosse Rosenow unter gespannter Aufmerksamkeit der Anwesenden über Kohlensteuerung und Wohnungsnot referierte. Nachdem Eichler zum Beitritt in den Arbeiterverein aufgefordert, wurde die Versammlung geschlossen.

Charlottenburg. Sitzung der Barbier- und Friseur-gesellen am Donnerstag, den 13. d. M., abends 10 Uhr, in der Wandrins-Bräuerel, Wollfr. 24.

Marktpreise von Berlin am 11. Dezember 1900

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item name, unit, and price.

Frei Wagen und ab Bahn. Produktenmarkt vom 12. Dezember. Bei stillem Verkehr hatte der Getreidemarkt heute ziemlich feste Tendenz...

Städtischer Schlachthausmarkt. Berlin, 12. Dezember 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 604 Rinder...

Witterungsbericht vom 12. Dezember 1900, morgens 8 Uhr. Stationen: Weimern, Göttingen, Hannover, etc. Wetter: Regen, Wind: SW, Temperatur: 1-10 Grad Celsius.

Wetterprognose für Donnerstag, den 13. Dezember 1900. Bismarck warnt, zeitweise heiter, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen...

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

7000. 1. Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts ist auch ein Verein, an die Polizeibehörde gebunden, es sei denn er hält lediglich Wirt...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 13. Dezember. Opernhaus. Hofoper. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Don Carlos. Anfang 7 1/2 Uhr.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstr. 132. Die Vollenprinzessin. Ein Märchenpiel mit Gesang und Tanz...

Passage-Theater. Unter den Linden 22. D-Vorstellung. Tägl. Auftreten Gertrude Barrison. Jenseits der krummen Lanke. 2. Seebataillon 3. Compagnie.

Apollo-Theater. Um 8 Uhr: Fräulein Loreley. Milli Capell, Cäcilie Carola, Mlle. Bresina, Francois Gerard...

Cirkus Schumann. Donnerstag, 13. Debr., abds. 7 1/2 Uhr: Gala-Elite-Abend. Vorzüglich gewähltes Programm...

China. Wagnen-Ausstattungsstück u. wunderbaren Woffen- u. Lichteffekten. Mitwirkend ca. 600 Personen.

Cirkus Busch. Donnerstag, 13. Debr., abds. 7 1/2 Uhr: Gr. Wohlthätigkeits-Vorstellung. Zum Weilen d. vereinigten Kriegervereins-Verbände Berlin.

Freie Volksbühne.

Sonntag, 16. Dez., nachm. 2 1/2 Uhr, III. Abteilg., im Lessing-Theater: Der Bund der Jugend von Henrik Ibsen.

CRANIA. Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Die Weltausstellung in Paris.

Palast-Theater. früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Das pyramidale Dezember-Programm. Neu! 8 1/2 Uhr: Neu! Der Säugling.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55/57. Henry Bender als Debit. Mit vollständig neuer Ausstattung: Eine tolle Nacht.

W. Noacks Theater. Blumenstraße 16. Am Weihnachtsabend. Volkstümlich mit Gesang in 3 Akten...

Deutsche Konzerthallen. Spandauer Brücke. Täglich 4 auslandische 4 Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne.

Sonntag, den 16. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr, in der Secessions-Bühne Extra-Vorstellung: Die Bildschnitzer. Hockenjos.

Am Mittwoch, den 26. Dezember (2. Weihnachts-Feiertag), nachmittags 2 1/2 Uhr, im Thalia-Theater: Eröffnungsvorstellung der zweiten Abteilung.

Max Kliems Festsäle, Hasenheide 18-15. Jeden Donnerstag: Grobe Soiree der Norddeutschen Sängerkameraden.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel. Karlstrasse. Sonntag 6 Uhr. Specialitäten. J. H. Hätt. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Berufs-Bekleidung aller Arten. D. Wurzel & Co., Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.

Möbelstoffe! Möbel. Special-Geschäft für bürgerliche Einrichtungen. Fr. C. Schulz vorm. A. Rienz, Landobergerstr. 41, I. Teilzahlung.